



Seiwald & Kuhar

Wirtschaftstreuhänder | Steuerberater

KLIENTEN-JAHRESINFO

2014 / 2015





Wir sind Ihr Partner für

- » kostenlose Erstberatung
- » Selbstständigen Beratung
- » Jungunternehmer Beratung
- » Buchführungspflichtige Gesellschaften
- » Prüfungspflichtige Gesellschaften
- » Personalverrechnung
- » Arbeitnehmerveranlagungen
- » Besondere Leistungen

Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Klienten!

Ein bewegtes Jahr 2014 neigt sich dem Ende zu. Das wollen wir zum Anlass nehmen und uns bei Ihnen ganz herzlich für das entgegengebrachte Vertrauen und die gute Zusammenarbeit bedanken.

Wir möchten Ihnen heuer mit unserer Klienten-Jahresinfo 2014/2015 eine nützliche Lektüre vor Jahresende überreichen. In dieser Ausgabe haben wir spannende Themen für Sie zusammengestellt und bitten Sie, sich auf den folgenden Seiten über die wichtigsten Änderungen und aktuellen Themen zu informieren.

Insbesondere möchten wir Sie auf die Maßnahmen vor Jahresende und den Ausblick auf das kommende Jahr aufmerksam machen. Sollten Sie diesbezüglich Fragen haben, zögern Sie bitte nicht, uns zu kontaktieren.

Zusätzlich verweisen wir Sie auf unsere Website **www.wt-sk.at**. Dort finden Sie laufend Informationen über aktuelle Steuer-Themen. In unserem umfangreichen Service-Bereich finden Sie außerdem zahlreiche Infolisten, nützliche Downloads und unsere Online-Steuer-Rechner.

Kern unserer gemeinsamen und erfolgreichen Zusammenarbeit ist und bleibt die persönliche Beratung. Wir freuen uns daher bereits auf das Jahr 2015, um für Sie steuerliche Möglichkeiten mittels einer vorausschauenden Beratung auszuschöpfen.

Wir wünschen Ihnen und Ihren Familien eine erholsame und besinnliche Weihnachtszeit und viel Glück und Erfolg für das Jahr 2015!

Mag. Josef Seiwald

Mag. Robert Kuhar

und das gesamte Team der Seiwald & Kuhar GmbH

1 Inhaltsverzeichnis

1	Maßnahmen vor Jahresende 2014	5
1.1	Für Unternehmer	5
1.2	Für Arbeitgeber	8
1.3	Für Arbeitnehmer	9
1.4	Für alle Steuerpflichtigen	10
2	Neues ab 2015	12
2.1	Einschränkungen bei der Gruppenbesteuerung	12
2.2	Etwas mehr Flexibilität bei internationalen Schachtelbeteiligungen	12
2.3	Erweiterung des Quellensteuerabzugs bei Zinsen an Personen aus Drittstaaten	12
2.4	Einschränkungen Absetzbarkeit Managergehälter – Prüfung der Verfassungswidrigkeit	13
2.5	Verschärfungen bei der Selbstanzeige	14
2.6	Änderungen bei der Grunderwerbsteuer seit Juni 2014	15
2.7	Änderungen bei Telekommunikations-, Rundfunk- und elektronischen Dienstleistungen an Nichtunternehmer	16
3	Fokus Unternehmer	17
3.1	Neue steuerliche Abzinsung bei langfristigen Rückstellungen	17
3.2	Rechnungsbestandteile bei Inlandslieferungen bzw. sonstigen Leistungen im Inland	18
3.3	Zugang elektronischer Rechnungen bei Abwesenheitsnotiz des Empfängers	20
3.4	BMF-Erlass zur grenzüberschreitenden Arbeitskräftegestellung	20
3.5	Die Forschungsprämie von der Kostenseite betrachtet	21
3.6	Ausschüttungen an Gesellschafter-Geschäftsführer sozialversicherungspflichtig	23
3.7	Fehlen einer schriftlichen Urkunde bei Vereinbarung mit Gesellschafter-Geschäftsführer	24
3.8	Größenklassen bei Kapitalgesellschaften	24
3.9	Offenlegungspflichten von Kapitalgesellschaften	25
4	Fokus Arbeitnehmer	27
4.1	Der Handwerkerbonus – Renovierungen noch vor Jahreswechsel können sich auszahlen	27
4.2	Steuerliche Begünstigung von freiwilligen Abfertigungen nunmehr gedeckelt	29
4.3	Keine Aufteilung der Kosten für ein abzugsfähiges Arbeitszimmer bei Mitbenutzung für nichtselbständige Arbeit	30
4.4	Taggeld auch bei (Dienst)Reisen ohne Nächtigung als Werbungskosten	30
4.5	Umschulungskosten bei Anwendung einer Ausgabenpauschale	31
4.6	OGH zur Rückzahlungsverpflichtung von Ausbildungskosten	32
4.7	Auskunftspflicht während des Krankenstands in Ausnahmefällen möglich	33
5	Pkw und Pendler	34
5.1	Das Auto im Unternehmen – der Dienstnehmer im Fokus	35
5.2	Der steinige Weg zum Pendlerrechner 2.0	36
5.3	Keine Verfassungswidrigkeit des Ausschlusses des Pendlerpauschales bei Nutzung eines Firmenautos	37
5.4	Neue NoVA trifft Autokäufer empfindlich	38
5.5	Werbung auf Privatautos der Dienstnehmer lohnsteuerpflichtig	39
6	Sozialversicherungswerte und Zinssätze	40
6.1	Sozialversicherungswerte 2015	40
6.2	Aktueller Basis-, Stundungs-, Aussetzungs-, Anspruchs- und Berufungszinssatz	40
7	Steuertermine	41



1 Maßnahmen vor Jahresende 2014

Aufmerksame Steuerpflichtige nutzen den bevorstehenden Jahreswechsel nochmals zu einem Check, ob durch gezielte Maßnahmen noch Steuern für das Jahr 2014 gespart werden können. Dabei sollten insbesondere folgende Aspekte bedacht werden.

1.1 Für Unternehmer

Antrag auf Gruppenbesteuerung stellen

Bei Kapitalgesellschaften kann durch die Bildung einer **Unternehmensgruppe** die Möglichkeit geschaffen werden, Gewinne und Verluste der einbezogenen Gesellschaften auszugleichen. Dies bietet mitunter **erhebliche positive Steuereffekte**. Voraussetzung sind die geforderte finanzielle Verbindung (Kapitalbeteiligung von mehr als 50% und Mehrheit der Stimmrechte) seit Beginn des Wirtschaftsjahres sowie ein entsprechend beim Finanzamt eingebrachter **Gruppenantrag**. Bei allen Kapitalgesellschaften, die das Kalenderjahr als Wirtschaftsjahr haben (d.h. Bilanzstichtag 31.12.) ist der Gruppenantrag bis spätestens **31.12.2014** einzubringen, damit er noch Wirkung für die **Veranlagung 2014** entfaltet. Gleiches gilt für die Aufnahme in eine bestehende Unternehmensgruppe (etwa weil eine neue Beteiligung am 1.1.2014 erworben wurde). Aufbauend auf einer **EuGH-Entscheidung** können auch die Ergebnisse **inländischer Enkelgesellschaften** (Zwischengesellschaft im Gemeinschaftsgebiet) dem Gruppenträger zugerechnet werden. **Ausländische Gruppenmitglieder** können nach einer im Jahr 2014 erfolgten Gesetzesänderung nur noch dann einbezogen werden, wenn diese in **EU-Mitgliedstaaten** oder in Staaten mit umfassender **Amtshilfe** ansässig sind. Bereits bestehende Gruppenmitglieder, die diese Voraussetzung **nicht** erfüllen, **scheiden** mit Stichtag **1. Jänner 2015** aus der Gruppe **aus** (eine Ausnahme gilt allerdings wenn umfassende Amtshilfe erstmals für Besteuerungszeiträume ab 1.1.15 besteht). Die bereits zugerechneten **Verluste** dieser Mitglieder sind in den Jahren 2015 bis 2017 zu je einem Drittel **nachzuversteuern**.

Forschungsförderung - Forschungsprämie

Die Forschungsprämie von **10%** ist als **Steuergutschrift** konzipiert und wirkt daher sowohl in Gewinn- als auch in Verlustjahren. Überdies sind die Forschungsaufwendungen unabhängig von

der Inanspruchnahme der Forschungsprämie steuerlich abzugsfähig. Die für die Prämie **relevanten Forschungsaufwendungen** können **Personal- und Materialaufwendungen** für Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten, Gemeinkosten, Finanzierungsaufwendungen und unmittelbar der Forschung und Entwicklung dienende Investitionen (einschließlich der Anschaffung von Grundstücken) umfassen. Die Forschungsprämie ist für die **Eigenforschung** (diese muss im **Inland** erfolgen) betraglich **nicht gedeckelt**. Für die Geltendmachung der Forschungsprämie ist die Vorlage eines positiven Gutachtens der Österreichischen Forschungsförderungsgesellschaft (FFG) (Anforderung über FinanzOnline) erforderlich. Für das Gutachten werden seitens der FFG keine Kosten verrechnet. Im Gegensatz dazu ist die **Bemessungsgrundlage für Auftragsforschung** – Voraussetzung ist wiederum, dass es sich um einen inländischen Auftragnehmer handelt - beim Auftraggeber auf **1.000.000 €** begrenzt. Die Vorlage eines FFG-Gutachtens ist bei der Auftragsforschung nicht erforderlich. Welche Kosten im Detail für die Forschungsprämie herangezogen werden können, finden Sie in dem Beitrag in der Rubrik „Fokus Unternehmer“.

Gewinnfreibetrag

Der Gewinnfreibetrag steht allen natürlichen Personen unabhängig von der Gewinnermittlungsart zu und beträgt **bis zu 13% des Gewinnes**. Bis zu einem Gewinn von 30.000 € steht jedem Steuerpflichtigen **ohne Nachweis** ein **Grundfreibetrag** von **13%** (somit 3.900 €) zu; für die Geltendmachung eines höheren Freibetrags sind entsprechende Investitionen erforderlich. **Begünstigte Investitionen** umfassen grundsätzlich **abnutzbare körperliche Anlagen** bzw. nunmehr **Wohnbauanleihen** (Wandelschuldverschreibungen zur Förderung des Wohnbaus), nicht mehr (zumindest temporär) aber Wertpapiere wie z.B. Anleihen. Die Nutzungsdauer bzw. **Behaltefrist** beträgt jeweils 4 Jahre. In früheren Jahren angeschaffte Wertpapiere bleiben weiterhin über die **Mindestbehaltdauer** von vier Jahren **nachversteuerungshängig**. Scheiden dem Betrieb gewidmete Wohnbauanleihen vor dem Ablauf von vier Jahren aus, so kann eine **Ersatzbeschaffung** durch Realinvestitionen erfolgen bzw. innerhalb von zwei Monaten auch durch eine Wohnbauanleiherersatzbeschaffung. Bei Inanspruchnahme einer **Betriebsausgabenpauschalierung** steht **nur** der **Grundfreibetrag** zu. Der Gewinnfreibetrag **vermindert** auch die GSVG-Bemessungsgrundlage und somit **neben** der **Steuerbelastung** auch die **Sozialversicherungsbelastung**. Seit der Veranlagung 2013 wird der **Gewinnfreibetrag** für Gewinne ab 175.000 € **reduziert** und beträgt zwischen 175.000 € und 350.000 € 7%, zwischen 350.000 € und 580.000 € nur mehr 4,5%; für den darüber hinaus gehenden Teil der Gewinne **entfällt** der **Gewinnfreibetrag** zur Gänze. In Summe beträgt der Freibetrag daher **maximal 45.350 €**.

IESG-Beiträge für Vorstandsmitglieder – Rückerstattung beantragen

Nach einer Entscheidung des **OGH** (GZ 8ObS3/14w vom 24.3.2014) haben **Vorstände einer Aktiengesellschaft** bei einer Insolvenz **keinen Anspruch** auf ein **Insolvenzentgelt**. Begründet wird dies damit, dass Personen, die rechtlich oder faktisch eine **Unternehmerfunktion gegenüber** „normalen“ **Arbeitnehmern** ausüben, **nicht vom Schutz** nach den Bestimmungen des **IESG** (Insolvenz-Entgeltssicherungsgesetz) **umfasst** sind. Bei Aktiengesellschaften kommt diese Arbeitgeberfunktion dem Vorstand zu. **Lohnsteuerpflichtige Vorstandsmitglieder wurden** bis dato bei den Sozialversicherungsbeiträgen jedoch **wie normale Dienstnehmer** behandelt. Aus diesem Grund war **bisher** auch ein **IESG-Beitrag** in Höhe von **0,55%** des Bruttoentgelts vom Dienstgeber zu

entrichten. Als Reaktion auf die Entscheidung des OGH haben die Gebietskrankenkassen nunmehr bestätigt, dass **künftig kein IESG-Beitrag** bei lohnsteuerpflichtigen Vorstandsmitgliedern mehr anfällt. Für die **letzten fünf Jahre** (Verjährungsfrist) kann dementsprechend ein **Rückforderungsantrag** gestellt werden. Im Schnitt sollte der Rückforderungsanspruch je Vorstandsmitglied immerhin 330 € pro Jahr betragen. Für fünf Jahre ergibt sich demzufolge ein **Rückforderungsanspruch** in der Größenordnung von **1.650 €**. Eine analoge Anwendung der Bestimmung auf **Geschäftsführer bei Gesellschaften mit beschränkter Haftung**, die aufgrund von echten oder freien Dienstverhältnissen dem ASVG unterliegen, ist allerdings **nicht möglich**.

Vorgezogene Investitionen (Halbjahresabschreibung) bzw. Zeitpunkt der Vorauszahlung/Vereinnahmung bei E-A-Rechnern

Für Investitionen, die **nach dem 30.6.2014** getätigt werden, kann unabhängig vom Anschaffungszeitpunkt in der zweiten Jahreshälfte die halbe Jahres-AfA abgesetzt werden. Das **Vorziehen von Investitionen** spätestens in den Dezember 2014 kann daher Steuervorteile bringen. **Geringwertige Wirtschaftsgüter** (max. 400 €) können sofort **zur Gänze** abgesetzt werden. E-A-Rechner können grundsätzlich durch die Ausnutzung des Zufluss-, Abflussprinzips eine **temporäre Verlagerung** der Steuerpflicht erzielen. Für in § 19 Abs. 3 EStG angeführte Ausgaben (z.B. Beratungs-, Miet-, Vertriebs-, Verwaltungs-, Zinskosten etc.) ist allerdings lediglich eine **einjährige Vorauszahlung** steuerlich abzugsfähig! Regelmäßig wiederkehrende Einnahmen oder Ausgaben, die zum Jahresende fällig werden, sind jenem Kalenderjahr zuzurechnen, zu dem sie wirtschaftlich gehören, wenn sie innerhalb von 15 Tagen vor oder nach dem 31.12. bewirkt werden. So genannte „**stehen gelassene Forderungen**“, welche nur auf Wunsch des Gläubigers später gezahlt werden, gelten allerdings als bereits (im alten Jahr) zugeflossen.

Beachtung der Umsatzgrenze für Kleinunternehmer

Die Umsatzsteuerbefreiung (ohne Vorsteuerabzug) ist nur bei einem **Jahresnettoumsatz** von bis zu **30.000 €** möglich. Unternehmer, die Gefahr laufen diese Grenze im Jahr 2014 zu überschreiten, sollten - wenn für sie die Ist-Versteuerung gilt (z.B. bei vielen Freiberuflern) - den **Zahlungseingang** nach Möglichkeit **erst 2015** vereinnahmen. Anderenfalls unterliegen auch die anderen bereits vereinnahmten Umsätze (nachträglich) der Umsatzsteuerpflicht.

GSVG-Befreiung

Kleinstunternehmer (Jahresumsatz unter 30.000 €, Einkünfte unter 4.743,72 €) können eine GSVG-Befreiung für 2014 bis **31. Dezember 2014** beantragen. Berechtig sind **Jungunternehmer** (max. 12 Monate GSVG-Pflicht in den letzten 5 Jahren), Personen ab 60 Jahre (Regelpensionsalter) bzw. Personen über 57 Jahre, wenn die genannten Grenzen in den letzten 5 Jahren nicht überschritten wurden.

Aufbewahrungspflichten

Mit **31.12.14** endet grundsätzlich die **7-jährige Aufbewahrungspflicht** für Geschäftsunterlagen des Jahres **2007**. Weiterhin aufzubewahren sind Unterlagen, welche für ein anhängiges Abgaben- oder

sonstiges behördliches/gerichtliches Verfahren von Bedeutung sind. Unterlagen für Grundstücke bei **Vorsteuerrückverrechnung** sind **12 Jahre** lang aufzubewahren. Dienen Grundstücke nicht ausschließlich unternehmerischen Zwecken und wurde beim nichtunternehmerischen Teil ein Vorsteuerabzug in Anspruch genommen, verlängert sich die Aufbewahrungspflicht unter gewissen Voraussetzungen auf **22 Jahre**. Die Aufbewahrungspflicht für Unterlagen im Zusammenhang mit Grundstücken beträgt auch 22 Jahre, wenn mit der Vermietung zu Wohnzwecken bzw. unternehmerischen Nutzung des Grundstückes ab 01.04.2012 begonnen wurde. Keinesfalls sollen Unterlagen vernichtet werden, die zur Beweisführung z.B. bei Produkthaftung, Eigentums-, Bestands- und Arbeitsvertragsrecht dienen.

Abzugsfähigkeit von Spenden

Spenden aus dem Betriebsvermögen an bestimmte **Forschungseinrichtungen** und der Erwachsenenbildung dienende Lehreinrichtungen sowie an Universitäten können bis zu einem **Maximalbetrag** von **10%** des Gewinnes des laufenden Wirtschaftsjahres Betriebsausgabe sein. Zusätzlich und betragsmäßig **unbegrenzt** können auch Geld- und Sachspenden, die mit der Hilfestellung bei Katastrophenfällen zusammenhängen, geltend gemacht werden, sofern sie der **Werbung** dienen. Auch **Spenden für mildtätige Zwecke** sind als Betriebsausgabe steuerlich absetzbar. Wesentlich ist, dass die Spenden empfangende Organisation bzw. der Spendensammelverein in der **BMF-Liste** aufscheint und dass die Spende im Jahr 2014 geleistet wurde und nachgewiesen werden kann. Eine **doppelte Berücksichtigung** einer bestimmten Spende als Betriebsausgabe und als Sonderausgabe (siehe dazu die Ausführungen im Bereich „Für alle Steuerpflichtigen“) ist **nicht möglich**. Zu beachten ist auch, dass betriebliche und private Spenden zusammen das Maximum von 10% des Gesamtbetrags der Einkünfte nicht überschreiten dürfen.

Wertpapierdeckung Pensionsrückstellungen

Zur Vermeidung von steuerlichen **Strafzuschlägen** müssen zum Ende des Wirtschaftsjahres **Wertpapiere** im Nennbetrag von **mindestens 50%** des am Schluss des vorangegangenen Wirtschaftsjahres ausgewiesenen steuerlichen Pensionsrückstellungsbetrages im **Betriebsvermögen** vorhanden sein. Es sollte daher das Vorhandensein einer entsprechenden Bedeckung noch vor Jahresende überprüft werden.

Energieabgabenrückvergütung

Die Antragstellung für das **Kalenderjahr 2009** hat bis spätestens 31.12.2014 zu erfolgen.

1.2 Für Arbeitgeber

- » Lohnsteuer- und beitragsfreie Zuwendungen an Dienstnehmer (pro Dienstnehmer p.a.)
- » Betriebsveranstaltungen (z.B. Weihnachtsfeier) 365 €;
- » Sachzuwendungen (z.B. Weihnachtsgeschenk) 186 €;
- » Freiwillige soziale Zuwendungen an den Betriebsratsfonds sowie zur Beseitigung von Katastrophenschäden;
- » Kostenlose oder verbilligte Benützung von Einrichtungen und Anlagen, die der Arbeitgeber

- allen oder bestimmten Gruppen von Arbeitnehmern zur Verfügung stellt (z.B. Kindergärten, Sportanlagen oder Betriebsbibliotheken, nicht aber ein vergünstigtes Fitnesscenter oder Garagenabstellplätze);
- » Zukunftssicherung (z.B. Er- und Ablebensversicherungen, Krankenversicherungen, Anteile an Pensionsinvestmentfonds oder Pensionskassenbeiträge) bis 300 €;
 - » Mitarbeiterbeteiligung 1.460 €;
 - » Freie oder verbilligte Mahlzeiten und Getränke am Arbeitsplatz. Gutscheine für Mahlzeiten bis zu einem Wert von 4,40 € pro Arbeitstag, wenn sie nur am Arbeitsplatz oder in direkter Umgebung verwendet werden können;
 - » Zuschuss für Kinderbetreuungskosten 1.000 €.

Bildungsfreibetrag und Bildungsprämie

Bei **innerbetrieblicher** Aus- und Fortbildung können **20%** der Aufwendungen als Betriebsausgabe geltend gemacht werden. Zusätzlich steht ein **Bildungsfreibetrag** von **20%** der externen Bildungskosten (Kurs- und Seminargebühren, Skripten, nicht jedoch Kosten für Verpflegung und Unterbringung) zur Verfügung. Alternativ zum Bildungsfreibetrag gibt es eine **Bildungsprämie** i.H.v. **6%**.

1.3 Für Arbeitnehmer

Werbungskosten noch vor Jahresende bezahlen

Ausgaben, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der nichtselbständigen Tätigkeit stehen, müssen noch **vor** dem **31.12.14** entrichtet werden, damit sie 2014 von der Steuer abgesetzt werden können. Oftmals handelt es sich dabei um **berufsbedingte Aus-, Fortbildungs- und Umschulungskosten**. Werbungskosten sind entsprechend nachzuweisen (Rechnungen, Quittungen, Fahrtenbuch) und nur zu berücksichtigen, sofern sie insgesamt **132 € (Werbungskostenpauschale)** übersteigen.

Arbeitnehmerveranlagung 2009 bzw. Antrag auf Rückzahlung von zu Unrecht einbehaltener Lohnsteuer

Neben der Pflichtveranlagung (z.B. nicht lohnsteuerpflichtige Einkünfte von mehr als 730 € p.a.) gibt es auch die Antragsveranlagung, aus der ein Steuerguthaben zu erwarten ist. Dieser Antrag ist **innerhalb von 5 Jahren** zu stellen. Für das **Jahr 2009** läuft die Frist am 31.12.2014 ab. Mittels Antragsveranlagung können Werbungskosten, Sonderausgaben, außergewöhnliche Belastungen etc. geltend gemacht werden, die im Rahmen des Freibetragsbescheids noch nicht berücksichtigt wurden. Weitere gute Gründe für eine Arbeitnehmerveranlagung sind z.B. zu Unrecht einbehaltene Lohnsteuer, der Anspruch auf **Negativsteuer** bei geringen Bezügen, die Nichtberücksichtigung des Pendlerpauschales oder der **unterjährige Wechsel** des Arbeitgebers bzw. **nichtganzzährige Beschäftigung**. Würden Alleinverdiener- bzw. Alleinerzieherabsetzbetrag samt Kinderzuschlag beim Arbeitgeber nicht entsprechend berücksichtigt, so kann eine nachträgliche Beantragung über die **Arbeitnehmerveranlagung** (Formular L1) oder durch einen **Erstattungsantrag** mittels Formular E5 (wenn keine lohnsteuerpflichtigen Einkünfte vorliegen) erfolgen.

Rückerstattung von Kranken- und Pensionsversicherungsbeiträgen bei Mehrfachversicherung

Wurden im Jahr 2011 aufgrund einer **Mehrfachversicherung** über die Höchstbeitragsgrundlage hinaus Beiträge entrichtet, ist ein **Antrag auf Rückzahlung der Krankenversicherungs- und Arbeitslosenversicherungsbeiträge** bis 31.12.14 möglich. Für Pensionsbeiträge ist die Rückerstattung an keine besondere Frist gebunden. Rückerstattete Beträge sind im Jahr der Rücküberweisung grundsätzlich einkommensteuerpflichtig.

1.4 Für alle Steuerpflichtigen

Sonderausgaben – Topfsonderausgaben

Die Absetzbarkeit ist mit einem **Höchstbetrag von 2.920 €** zuzüglich weiterer 2.920 € für Alleinverdiener sowie insgesamt weiterer 1.460 € ab drei Kindern beschränkt. In diese Grenze fallen insbesondere Ausgaben für Lebens-, Unfall- und Krankenversicherungen, Ausgaben für Wohnraumsanierung sowie für die Anschaffung junger Aktien. Die im Rahmen dieser Höchstbeiträge geltend gemachten Ausgaben wirken sich nur mit einem **Viertel steuermindernd** aus. Bei einem Jahreseinkommen zwischen **36.400 € und 60.000 €** reduziert sich der absetzbare Betrag überdies gleichmäßig bis auf **den Pauschalbetrag von 60 €**.

Sonderausgaben ohne Höchstbetrag und Kirchenbeitrag

Folgende Sonderausgaben sind **ohne Höchstbetrag unbeschränkt abzugsfähig**: der Nachkauf von Pensionsversicherungszeiten, Beiträge zur **freiwilligen Weiterversicherung** in der Pensionsversicherung, bestimmte Renten und dauernde Lasten sowie **Steuerberatungskosten** (wenn nicht bereits Betriebsausgaben/Werbungskosten). Pauschalierte Steuerpflichtige können Steuerberatungskosten jedenfalls als Sonderausgaben absetzen. **Kirchenbeiträge** sind im Ausmaß von bis zu 400 € absetzbar.

Spenden als Sonderausgaben

An bestimmte Organisationen (**Forschungseinrichtungen, öffentliche Museen etc.**) können Spenden i.H.v. **max. 10% des Einkommens** geltend gemacht werden. Wurden bereits im betrieblichen Bereich (siehe dazu die Ausführungen in der Rubrik „Für Unternehmer“) diesbezüglich Spenden als Betriebsausgaben abgesetzt, so verringert sich das Maximum bei den Sonderausgaben. Ebenso können durch private (Geld)**Spenden an mildtätige Organisationen, Tierschutzvereine** und Tierheime (BMF-Liste) sowie an **freiwillige Feuerwehren** Steuern gespart werden. Die **Obergrenze** (aus betrieblichen und privaten Spenden) liegt bei **10% des Gesamtbetrags der Einkünfte**. Die Spenden müssen gegebenenfalls mittels Einzahlungsbeleg nachgewiesen werden.

Außergewöhnliche Belastungen

Damit der **Selbstbehalt** überstiegen wird, kann es sinnvoll sein, **Zahlungen** noch in das Jahr 2014 **vorzuziehen** (z.B. für Krankheitskosten, Einbau eines behindertengerechten Bades). Unterhaltskosten

sind nur insoweit abzugsfähig, als sie beim Unterhaltsberechtigten selbst außergewöhnliche Belastungen darstellen würden. Bei **Katastrophenschäden entfällt der Selbstbehalt**. Ausländische Einkünfte sind bei der Einkommensermittlung sowohl für die Höhe der Topfsonderausgaben als auch der außergewöhnlichen Belastung mitbestimmend.

Steuerliche Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten

Kinderbetreuungskosten können für Kinder **bis zum 10. Lebensjahr** mit bis zu 2.300 € pro Kind und Jahr als **außergewöhnliche Belastung** steuerlich geltend gemacht werden. Die Abzugsfähigkeit beschränkt sich auf **tatsächlich angefallene Betreuungskosten**, welche gegebenenfalls um den steuerfreien Zuschuss des Arbeitgebers zu reduzieren sind. Die Kinderbetreuung muss in privaten oder öffentlichen **Kinderbetreuungseinrichtungen** bzw. durch **pädagogisch qualifizierte Personen** erfolgen. Sollten Sie den Maximalbetrag noch nicht ausgeschöpft haben, kann durch eine Vorauszahlung ein Vorzieheffekt bei der steuerlichen Absetzbarkeit erzielt werden.

Zukunftsvorsorge – Bausparen - Prämienbegünstigte Pensionsvorsorge

Die 2014 geförderte private Zukunftsvorsorge im prämienbegünstigten Ausmaß von 2.495,12 € p.a. führt zur **staatlichen Prämie von 4,25 % (106,04 €)**. Beim **Bausparen** gilt für 2014 eine **staatliche Prämie von 18 €** beim maximal geförderten Einzahlungsbetrag von 1.200 € (sofern der Bausparvertrag das gesamte Jahr aufrecht war).

Handwerkerbonus – Renovierungen noch vor Jahresende durchführen lassen

Um den Handwerkerbonus für das **Jahr 2014** in Anspruch nehmen zu können – maximal **600 €** für die Renovierung, Erhaltung oder Modernisierung eines Wohnobjekts in Österreich – müssen die **Arbeitsleistungen bis zum 31.12.14 durchgeführt** werden. Der **Förderantrag kann bis Ende Februar 2015** gestellt werden. Ein Vorziehen von geplanten Renovierungsarbeiten kann sich somit auszahlen. **Vorsicht:** der Handwerkerbonus wird nach dem Prinzip **„first-come, first-served“** vergeben. Für weitere Infos wird auf den Beitrag in der Rubrik „Fokus Arbeitnehmer“ verwiesen.

KESt-Optimierung bei Wertpapieren

Seit Einführung der **„Kapitalbesteuerung neu“** unterliegen neben Wertpapiererträgen auch Kursgewinne von Neubeständen – unabhängig von der Behaltdauer – der **Besteuerung mit 25%**. Im Ausgleich dazu werden regelmäßig Kursverluste automatisch gegengerechnet, sodass im Endeffekt der **Saldo aus Erträgen** („Früchte“ wie z.B. Dividenden und Anleihezinsen), **Kursgewinnen und Kursverlusten** („Stamm“ aus Neubeständen) der **25%igen Besteuerung unterworfen** wird. Ein **Verlustvortrag ist nicht möglich**. Durch **gezielte Realisierungen** zum Jahresende hin kann die steuerliche Optimierung insoweit erfolgen als versucht wird, diesen **Saldo möglichst auf null** zu stellen. So kann etwa die vorgezogene Verlustrealisation aus Aktienpositionen des Neubestands in Betracht gezogen werden, wenn ein **KESt-Plus** aus laufenden Erträgen oder Kursgewinnen vorliegt, da ja bei erwarteter positiver Kursentwicklung betriebswirtschaftlich **neuerdings** in dieses Papier investiert werden kann. Genauso können **Kursgewinne verwirklicht** werden, um einen bestehenden **Verlustüberhang** aus Veräußerungsverlusten zu nutzen.

2 Neues ab 2015

Die mit 2015 in Kraft tretenden Neuerungen sind überschaubar und betreffen vor allem einzelne Detailregelungen. Einige interessante Veränderungen wurden im Laufe des Jahres 2014 beschlossen und wirken sich bereits bei der Veranlagung 2014 aus. Während über die mögliche Verfassungswidrigkeit der Einschränkung der Abzugsfähigkeit von Managergehältern über 500.000 € wohl erst im nächsten Jahr entschieden werden wird, sind die Änderungen bei der Grunderwerbsteuer sowie bei der Selbstanzeige schon Realität. Die (ehemaligen) Vorzüge der Gruppenbesteuerung werden Schritt für Schritt zurückgenommen. Immerhin gibt es Vereinfachungen bei der Umsatzsteuer und gesteigerte Flexibilität bei der Option zur Steuerpflicht von internationalen Schachtelbeteiligungen.

2.1 Einschränkungen bei der Gruppenbesteuerung

Die österreichische **Gruppenbesteuerung** ist seit ihrer Einführung immer wieder bedeutenden Veränderungen unterworfen. In letzter Zeit handelt es sich leider oftmals um **Verschärfungen und Einschränkungen** (siehe auch bei den „Maßnahmen vor Jahresende 2014“). So kommt es mit **1. Jänner 2015** zu einer **Beschränkung** bei der Zurechnung von **Verlusten ausländischer Gruppenmitglieder**. Diese Verluste ausländischer Gruppenmitglieder sind demnach auf **75% des österreichischen Gruppeneinkommens** beschränkt. Die **nicht sofort verwertbaren Verluste** gehen in den **Verlustvortrag** des **Gruppenträgers** über und können unter Berücksichtigung der **75%-Grenze in Folgejahren** verrechnet werden.

2.2 Etwas mehr Flexibilität bei internationalen Schachtelbeteiligungen

Veräußerungsgewinne aus sogenannten **internationalen Schachtelbeteiligungen**, das sind bestimmte **Beteiligungen** von österreichischen Kapitalgesellschaften an **ausländischen Kapitalgesellschaften**, sind grundsätzlich **steuerfrei**, es sei denn man **optiert** im Zuge der **Abgabe der Körperschaftsteuererklärung** der österreichischen Gesellschaft zur **Steuerpflicht der Beteiligung**. Die Option zur Steuerpflicht kann insbesondere dann sinnvoll sein, wenn eine **verlustbringende Veräußerung der Beteiligung** schon von Beginn an **nicht ausgeschlossen** werden kann. Während **bisher** die Option nur **bei Abgabe der Körperschaftsteuererklärung** ausgeübt werden konnte und **nicht widerrufen** werden konnte, soll es durch das 2. Abgabenänderungsgesetz 2014 (im Druckzeitpunkt als Begutachtungsentwurf) zu etwas **mehr Flexibilität** kommen – erstmalig bei der **Veranlagung** für das **Kalenderjahr 2014**. So soll die **Optionsausübung** nunmehr **innerhalb eines Monats ab Abgabe der Körperschaftsteuererklärung nachgeholt** werden können bzw. auch **widerrufen** werden können.

2.3 Erweiterung des Quellensteuerabzugs bei Zinsen an Personen aus Drittstaaten

Nach bisheriger Rechtslage konnten **Zinsen** aus **Einlagen bei Kreditinstituten** und Zinsen aus Forderungswertpapieren von in Österreich **beschränkt Steuerpflichtigen quellensteuerfrei**

verinnahmt werden. Mit dem Abgabenänderungsgesetz 2014 wird mit Wirkung 1.1.2015 die **beschränkte Steuerpflicht** auf **Zinsen im Sinne des EU-Quellensteuergesetzes ausgeweitet**, wenn **Kapitalertragsteuer** einzubehalten war. Es ist jedoch eine **Steuerbefreiung** anzuwenden, wenn es sich bei dem Empfänger dieser Zinsen um eine natürliche Person aus einem **EU-Mitgliedstaat** handelt. Die bestehende Abzugsverpflichtung nach dem EU-Quellensteuergesetz für Zinsen an EU-Bürger (35%) bleibt davon unberührt. In Hinblick auf den von der Ausdehnung des Quellensteuerabzugs besonders betroffenen Personenkreis wird die Neuregelung auch „**Russen-KEST**“ genannt. Mit dem 2. Abgabenänderungsgesetz, welches im Druckzeitpunkt als Begutachtungsentwurf vorlag, wurde klargestellt, dass „nicht natürliche Personen“ (d.h. z.B. Kapitalgesellschaften) nicht von der Erweiterung betroffen sind. Ebenso sollen auch **natürliche Personen** aus der **Schweiz** und aus **Liechtenstein** ausgenommen sein. Außerdem sieht das 2. Abgabenänderungsgesetz 2014 eine **Verschlechterung** bei der **Rückzahlung bzw. Rückerstattung der KEST** vor. Entsprechende Anträge beschränkt Steuerpflichtiger sollen im Sinne der Verfahrensökonomie künftig erst **nach Ablauf des Jahres**, in dem die KEST einbehalten wurde, eingebracht werden können.

2.4 Einschränkungen Absetzbarkeit Managergehälter – Prüfung der Verfassungswidrigkeit

Mit dem **Abgabenänderungsgesetz 2014** wurde die **steuerliche Abzugsfähigkeit** von **Gehaltsausgaben** pro Person und Wirtschaftsjahr auf **maximal 500.000 €** eingeschränkt. Da in der Regel die Bezüge der obersten Führungsebene betroffen sind, wird oft von **Managergehältern** gesprochen. Diese Regelung gilt sowohl für **echte Dienstnehmer** als auch **vergleichbar organisatorisch eingegliederte Personen** und ist für Aufwendungen sowohl in Form von Geld- als auch Sachleistungen anwendbar. Gegen diese Regelung bestehen seit Beginn an **Zweifel an der Verfassungskonformität**, sodass die gegen diese Bestimmung eingebrachten Anträge nicht überraschen.

Der **Verfassungsgerichtshof** (VfGH) hat Ende Juni 2014 die **Individualanträge** von Unternehmen **gegen die Neuregelung** der Besteuerung von Managergehältern aus formalen Gründen **für unzulässig erklärt und zurückgewiesen**. Begründet wird diese Entscheidung damit, dass den Antragstellern ein zumutbarer Weg zur Geltendmachung ihrer verfassungsrechtlichen Bedenken gegen die angefochtenen Gesetzesbestimmungen offen steht und daher die auf Basis dieser Bestimmungen (zu) erlassenen **Bescheide zuerst im Instanzenzug bekämpft werden müssen**. Eine Entscheidung in der Sache hat somit nicht stattgefunden.

Zu den Beschwerden gegen die **Körperschaftsteuervorauszahlungsbescheide** hat das **Bundesfinanzgericht** (BFG) anlässlich einer Bescheidbeschwerde gegen einen KÖSt-Vorauszahlungsbescheid 2014 ein **Gesetzesprüfungsverfahren beim VfGH** im Juni beantragt. Der Prüfungsantrag zu § 20 Abs. 1 EStG bzw. § 12 Abs. 1 KStG zielt darauf ab, Z 7 (Managergehälter) im Hinblick auf die Bestimmung über die Überlassung und im Hinblick auf den **Vertrauensschutz** und Z 8 (Abfertigungen) wegen unsachlicher Differenzierungen als **gleichheitswidrig aufzuheben**.

Das **BFG** hat beim VfGH nun bereits den **dritten Normenprüfungsantrag** - diesmal auf **gänzliche Aufhebung wegen Verfassungswidrigkeit** - hinsichtlich der Nichtabzugsfähigkeit der Managergehälter über 500.000 € gestellt. Mit der **Behandlung der Anträge** dürfte jedoch erst im **Frühjahr 2015** zu rechnen sein. Somit ist die Frage der **Zulässigkeit der Beschränkung** der Abzugsfähigkeit immer **noch nicht geklärt**.

2.5 Verschärfungen bei der Selbstanzeige

Bei Steuerhinterziehung wird in **Österreich** in Abhängigkeit des Vergehens zwischen **verwaltungsrechtlichem** und **finanzstrafrechtlichem Verfahren** unterschieden. Je nach Art des Vergehens und der Höhe der hinterzogenen Steuern ist in Österreich eine **Geldstrafe** zu verhängen, wobei aus Gründen der General- oder Spezialprävention auch eine **Freiheitsstrafe** möglich ist. Bei **Abgabebetrug** (z.B. unter Verwendung von Scheingeschäften oder gefälschten Urkunden) oder Begehung der Straftat in einer **Bande** oder **unter Gewalteinwirkung** ist **primär** eine **Freiheitsstrafe** zu verhängen. Im **Finanzstrafrecht** wird dabei zwischen (**gewerbsmäßiger**) **Abgabenhinterziehung**, **fahrlässiger Abgabverkürzung** und **Finanzordnungswidrigkeit** unterschieden. Das Vergehen ist in allen Fällen eine sog. Verkürzung der Abgaben, also eine **Verminderung** der **Steuerlast** bzw. die Erwirkung einer **ungerechtfertigten Gutschrift**. **Abgabenhinterziehung** liegt dann vor, wenn **vorsätzlich** – das heißt bewusst – unter Verletzung einer Anzeige-, Offenlegungs-, oder der Wahrheitspflicht Abgaben verkürzt werden. **Gewerbsmäßige Abgabenhinterziehung** ist bei Regelmäßigkeit gegeben, mit dem Ziel, sich **fortlaufende Einnahmen** zu verschaffen. **Fahrlässige Abgabverkürzung** ist dann erfüllt, wenn jemand die ihm zumutbare Sorgfalt außer Acht lässt und dadurch Abgaben verkürzt. **Finanzordnungswidrigkeiten** als schwächste Ausprägung sind nur dann strafbar wenn sie vorsätzlich begangen wurden.

Den zum Teil empfindlichen Strafen für Abgabenhinterziehung, fahrlässige Abgabverkürzung oder Finanzordnungswidrigkeiten kann man jedoch durch eine **Selbstanzeige** entgehen. Damit sich eine Selbstanzeige nicht in einen Alptraum verwandelt, ist jedoch **besondere Sorgfalt** an den Tag zu legen. **Strafbefreiung** tritt nämlich nur dann ein, wenn die **Verfehlung** der zuständigen Behörde rechtzeitig **angezeigt** wird, die für die Verfehlung bedeutsamen **Umstände ohne Verzug dargelegt** werden und die **verkürzten Abgaben rechtzeitig entrichtet** werden. Dabei ist es nicht ausreichend, bloß eine Berichtigung oder Ergänzung von Angaben zu machen. Der **Sachverhalt**, der zur Abgabverkürzung geführt hat, muss **klar offen gelegt** werden, damit die Finanzbehörde eine rasche und richtige Entscheidung in der Sache selbst treffen kann. Neben der **umfassenden Offenlegung** ist außerdem erforderlich, dass die **Selbstanzeige rechtzeitig** erfolgt. Sie gilt dann als **rechtzeitig** angezeigt, wenn sie **zu Beginn** einer **abgabenbehördlichen Prüfung** (Nachschau) vorgenommen wird. Die Selbstanzeige ist allerdings dann **nicht mehr rechtzeitig** abgegeben, wenn zum **Zeitpunkt** der Selbstanzeige **bereits Verfolgungshandlungen gesetzt** wurden oder wenn die **Tat bereits** von einer **Behörde entdeckt** wurde und dies dem Steuerpflichtigen bekannt war. Die **Selbstanzeige wirkt** nur für die **anzeigende Person** und für die **Person(en)**, für die sie **erstattet wurde**, strafbefreiend.

Durch die **Finanzstrafgesetznovelle 2014** ist es **seit Oktober 2014** zu bedeutsamen **Einschränkungen** und **Verschärfungen** bei der Erstattung von Selbstanzeigen gekommen. Die Verschärfungen sollen allgemein zu **mehr Steuerehrlichkeit** führen und insbesondere bewirken, dass die **Offenlegung** im Rahmen einer Selbstanzeige **vollständig** und umgehend erfolgt und nicht wie früher das Ausmaß oftmals vom erwarteten Entdeckungsrisiko abhängig gemacht wird. Die erste wesentliche Änderung ist der **Wegfall** der **strafbefreienden Wirkung mehrfacher Selbstanzeigen**. Somit ist eine **Selbstanzeige nicht mehr strafbefreiend** wenn **bereits** einmal hinsichtlich **desselben Abgabeanspruchs** eine **Selbstanzeige** erstattet worden ist. Wichtige **Ausnahme** von dieser zusätzlichen **Sperrwirkung** sind **Vorauszahlungen**. Das Ausmaß der Verschärfung wird insbesondere dann klar, wenn man bedenkt, dass **bisher** eine **mehrfache Selbstanzeige** durch Entrichtung eines

25% Zuschlags möglich war. Neben dem **Wegfall** dieser **Option** ist durch die Finanzstrafgesetznovelle 2014 für den Steuerpflichtigen **zusätzlich nachteilig**, dass die **Sperrwirkung unabhängig** vom **Verschuldensgrad** eintritt. Wird also eine **Selbstanzeige versehentlich unvollständig** erstattet, so kann nicht mehr durch eine weitere (ergänzende) Selbstanzeige zu **diesem Abgabensanspruch dieses Jahres** in die Steuerehrlichkeit zurückgekehrt werden. Der Hintergrund dieser Einschränkung liegt darin, dass eine **Selbstanzeige möglichst vollständig** erstattet werden soll und dadurch sowohl die Taktik der „stückchenweisen“ Selbstanzeigen unattraktiv wird, als auch aus administrativer Sicht **insgesamt weniger Selbstanzeigen** von der Finanzverwaltung bearbeitet werden müssen.

Um bei Selbstanzeigen ein **Zuwarten** bis zum **Beginn der Betriebsprüfung** einzuschränken, sieht eine weitere Änderung vor, dass für die **strafbefreiende Wirkung** von Selbstanzeigen, welche **nach Bekanntgabe bzw. Anmeldung der Betriebsprüfung** erstattet werden, ein „**Strafzuschlag**“ entrichtet werden muss. Dieser Strafzuschlag ist **zusätzlich** zum Verkürzungsbetrag zeitgerecht zu bezahlen und ist **abhängig** vom in der Selbstanzeige angegebenen **Verkürzungsbetrag progressiv** ausgestaltet. Wesentlich ist, dass dieser mittels Bescheid festzusetzende Zuschlag **nur** bei Selbstanzeigen für **vorsätzlich oder grob fahrlässig** begangenen Finanzdelikte zur Anwendung kommt. **Wie bisher** gilt weiterhin, dass **nach Beginn der Betriebsprüfung** eine Selbstanzeige für **vorsätzliche** Finanzvergehen **keine** strafbefreiende Wirkung entfaltet (**Sperrgrund**)! Der Zuschlagsatz (Strafzuschlag) in Abhängigkeit vom **Mehrbetrag** staffelt sich wie folgt.

Mehrbetrag (in €)	Zuschlagsatz
Bis 33.000	5%
33.000 bis 100.000	15%
100.000 bis 250.000	20%
Über 250.000	30%

2.6 Änderungen bei der Grunderwerbsteuer seit Juni 2014

Der Verfassungsgerichtshof (GZ G 77/12-6 vom 27.11.2012) hat Ende 2012 erkannt, dass die **Bemessung** der **Grunderwerbsteuer** auf Basis der **veralteten Einheitswerte verfassungswidrig** ist. Dem Gesetzgeber wurde eine Reparaturfrist bis zum 31. Mai 2014 eingeräumt. Die im Jahr 2014 geschaffene und **seit dem 1. Juni 2014** anzuwendende Neuregelung unterscheidet nicht mehr zwischen einer unentgeltlichen und entgeltlichen Übertragung, sondern vielmehr ob die **Transaktion innerhalb oder außerhalb des engeren Familienverbands** erfolgt.

Begünstigte Übertragungen betreffen den engeren Familienverband. Zu diesem gehören: der Ehegatte, der eingetragener Partner, der Lebensgefährte (bei gemeinsamen Hauptwohnsitz), Eltern, Kinder (auch Stiefkinder) und Enkelkinder sowie Wahl- und Schwiegerkinder. **Nicht begünstigt** sind hingegen Übertragungen an Geschwister, Nichten, Neffen und Schwägerere. Für Übertragungen im **engeren Familienverband** gilt der **ermäßigte Grunderwerbsteuersatz von 2%**. **Bemessungsgrundlage** ist **sowohl bei entgeltlichem** (z.B. Kauf, Übergabe gegen Ausgedinge) als **auch bei unentgeltlichem Erwerb** (z.B. Schenkung, Erbschaft) **der dreifache Einheitswert**. Wenn nachgewiesen werden kann, dass 30% des gemeinen Wertes (Verkehrswertes) geringer

sind als der dreifache Einheitswert, dann gilt der niedrigere Wert (=30% vom Verkehrswert) als Bemessungsgrundlage.

Zu einer **Änderung** ist es auch hinsichtlich des **Betriebsfreibetrags** i.H.v. **365.000 €** gekommen. Dieser Freibetrag für **Unternehmensübertragungen** ist weiterhin **ausschließlich** bei **unentgeltlichen Erwerben im engeren Familienkreis** anwendbar. **Unentgeltlichkeit** ist gegeben, wenn der **Werts höher sind als der dreifache Einheitswert**, so gilt die höhere Grenze für die Beurteilung der Unentgeltlichkeit. Bei der Übertragung **land- und forstwirtschaftlicher Grundstücke** bildet ab **1.1.2015** der **einfache Einheitswert** die Obergrenze.

Bei Erwerben **außerhalb des Familienverbandes** gilt bei Entgeltlichkeit wie bisher die **Gegenleistung** (in der Regel Kaufpreis) als Bemessungsgrundlage für die **3,5%ige Grunderwerbsteuer**. Bei Unentgeltlichkeit bildet der gemeine Wert die Bemessungsgrundlage (gilt auch für Erbschaften). Der gemeine Wert ist entweder nachzuweisen (etwa durch ein Schätzungsgutachten) oder zumindest glaubhaft zu machen (beispielsweise auf Basis vergleichbarer Verkäufe in der Umgebung). Bei Grundstückserwerben im Zusammenhang mit Vorgängen, die dem **Umgründungssteuergesetz** unterliegen, bleibt weiterhin der **zweifache Einheitswert** die Bemessungsgrundlage. Sacheinlagen von einzelnen Grundstücken (keine Anwendbarkeit des Umgründungssteuerrechts) sind hingegen nicht begünstigt.

2.7 Änderungen bei Telekommunikations-, Rundfunk- und elektronischen Dienstleistungen an Nichtunternehmer

Ab **1.1.2015** gilt als Leistungsort für an **Nichtunternehmer (B2C)** erbrachte **elektronische Dienstleistungen** sowie **Rundfunk-, Telekom- und Fernsehleistungen** der **Wohnsitz des Leistungsempfängers**. **Bisher** war in diesen Fällen der **Unternehmerort** relevant. Unter die betroffenen Leistungen fallen u.a. **Mobilfunkdienste** (inklusive SMS und VoIP), die Bereitstellung von Websites, **Webhosting**, Fernwartung, die Bereitstellung von Software und deren Aktualisierung, die **Bereitstellung von Bildern, Texten und Informationen** und Datenbanken, die Erbringung von Fernunterrichtsleistungen sowie die Bereitstellung von Musik, Filmen und Spielen.

Aufgrund der Beschaffenheit der Dienstleistungen ist es oft gar nicht so einfach, den **Ansässigkeitsort des Leistungsempfängers** zu ermitteln. Aus diesem Grund gelten folgende **Vereinfachungsregelungen**:

- » Erfordert der Empfang der Leistung die **physische Anwesenheit des Leistungsempfängers** (z.B. Telefonzellen, WLAN-Hot-Spots oder Internetcafés) so gilt die Vermutung, dass der Leistungsempfänger an diesem Ort ansässig ist.
- » Bei Leistungen über **Festnetzanschluss** gilt es Ort des Anschlusses als Empfängerort.
- » Bei Leistungserbringung über **mobile Netzwerke** ist der Ländercode der SIM-Karte relevant.
- » Sofern der Empfang der Leistungen einen Decoder, eine Programm- oder Satellitenkarte benötigt, gilt als **Vermutung für den Empfängerort** der **Standort des Gerätes** bzw. der Karte. Ist dieser Ort nicht bekannt, so wird die Adresse, an welche die Programm- oder Satellitenkarte versendet wurde, als Empfängerort vermutet.

Für Unternehmen, die solche Leistungen **in EU-Mitgliedstaaten erbringen**, in denen sie **weder Sitz noch Betriebsstätte** haben, wird ein **Mini One Stop Shop (MOSS)** eingerichtet. Dieser dient als **zentrale Anlaufstelle für Steuererklärungen und Steuerzahlungen** und führt dazu, dass sich die Unternehmer **nicht** in jedem EU-Mitgliedsstaat **extra registrieren lassen müssen**. **Österreichische Unternehmer** können sich zum MOSS **elektronisch über FinanzOnline registrieren**. Sofern MOSS ab 1.1.2015 bereits verwendet werden soll, ist der **Antrag** auf Registrierung **bis spätestens 31.12.2014** abzugeben. Eine vorzeitige Anmeldung wird empfohlen. Die **MOSS-Steuererklärungen** müssen elektronisch über FinanzOnline bis zum 20. Tage des auf den Erklärungszeitraum folgenden Monats eingereicht werden. Der Erklärungszeitraum ist das Kalendervierteljahr.

Über MOSS können nur Leistungen erfasst werden, die der Unternehmer in Mitgliedstaaten erbringt, in denen er weder sein Unternehmen betreibt noch eine Betriebsstätte hat. In den Ländern, in welchen der Leistungserbringer sein Unternehmen betreibt bzw. eine Betriebsstätte hat, erfolgt die Meldung der lokalen Umsätze im Rahmen der regulären Steuererklärung.

3 Fokus Unternehmer

Für Unternehmer scheint sich der administrative Aufwand Jahr für Jahr zu erhöhen. So kann es sein, dass bei der steuerlichen Abzinsung von langfristigen Rückstellungen die Durchführung einer zusätzlichen Berechnungsvariante erforderlich ist. Im Rahmen der grenzüberschreitenden Arbeitskräftegestaltung wird es künftig auch bei bloß kurzfristigen Entsendungen im Konzern zu erhöhten Nachweispflichten und Dokumentationsanforderungen kommen.

3.1 Neue steuerliche Abzinsung bei langfristigen Rückstellungen

Das **Abgabenänderungsgesetz 2014** hat auch Änderungen für die **steuerliche** Berechnung von **langfristigen Rückstellungen** (Verbindlichkeits- und Drohverlustrückstellungen) mit sich gebracht. Bisher waren Rückstellungen mit einer Laufzeit von **mehr als 12 Monaten pauschal** abzuzinsen, indem sie mit **80%** ihres **Teilwerts** angesetzt wurden. Aufgrund des ausschließlichen Abstellens auf die 12 Monate Grenze, nicht aber auf die tatsächliche längere Laufzeit, ist es dabei mitunter zu **Verzerrungen** gekommen.

Die **Neuregelung** gilt sowohl für langfristige Rückstellungen, die **erstmalig** für nach dem 30. Juni 2014 endende Wirtschaftsjahre **gebildet** werden wie auch für bereits **zuvor gebildete Rückstellungen**. Bei der erstmaligen Bildung muss - anstelle der pauschalen Abzinsung mit 80% - der **Teilwert** mit **3,5%** (Jahreszinssatz) über die **tatsächliche Laufzeit** der Rückstellung **abgezinst** werden. Die steuerlichen Werte bereits gebildeter Rückstellungen müssen dem neuen Berechnungsschema **gegenübergestellt** werden. Ergibt sich dabei durch die Abzinsung mit 3,5% ein **niedriger Rückstellungsbetrag**, so ist der **Unterschiedsbetrag auf 3 Jahre verteilt** Gewinn erhöhend **aufzulösen**. Abweichend davon kann im Falle einer **Betriebsveräußerung** oder -aufgabe der Unterschiedsbetrag sofort in **voller Höhe** in diesem Jahr steuerlich berücksichtigt werden. Kommt es hingegen bei der Vergleichsrechnung zu einem **höheren Rückstellungsbetrag**, so ist **weiterhin** die mittels **pauschaler Abzinsung** i.H.v. 20% (Ansatz mit 80% des Teilwerts) ermittelte steuerliche Rückstellung **beizubehalten**.

Für viele Unternehmen sind die Änderungen bei den langfristigen Rückstellungen mit **erhöhtem**

administrativem Aufwand verbunden, wobei es bei „Alt-Rückstellungen“ sogar sein kann, dass **drei** unterschiedliche Werte (UGB, 80% vom Teilwert, Barwert) ermittelt werden müssen. Schließlich kommt der **schwierigen Abschätzung** der **exakten Laufzeit** einer langfristigen Rückstellung erhöhte Bedeutung zu, da die Höhe des Barwerts auch maßgeblich von der Zeitkomponente abhängt.

3.2 Rechnungsbestandteile bei Inlandslieferungen bzw. sonstigen Leistungen im Inland

Voraussetzung für den **Vorsteuerabzug** ist, dass die Leistung für das Unternehmen des Leistungsempfängers ausgeführt wurde und eine **ordnungsgemäße Rechnung** im Sinne des § 11 UStG vorliegt. Damit die auf einer **Eingangsrechnung** ausgewiesene Umsatzsteuer als **Vorsteuer** abzugsfähig ist, muss die Rechnung daher folgende Angaben enthalten:

Eingangsrechnung: Rechnungen von Ihren Lieferanten. **Ausgangsrechnung:** Rechnungen an Ihre Kunden (=Leistungsempfänger). Die Ausfertigung der Rechnungen unterliegt bestimmten **Formalerfordernissen**. Nachfolgende Angaben sind beim Rechnungsempfänger Voraussetzung für den Vorsteuerabzug! Eine Rechnung **über 400 €** (inkl. USt) hat gemäß §11 UStG folgende Punkte zu beinhalten:

1. Name und Anschrift des liefernden oder leistenden Unternehmens.
2. Name und Anschrift des Abnehmers der Lieferung oder des Empfängers der sonstigen Leistung.
3. Bei Rechnungen, deren Gesamtbetrag **10.000 € übersteigt**, ist die UID-Nummer des Leistungsempfängers anzugeben, wenn der leistende Unternehmer im Inland einen Wohnsitz/Sitz hat oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt/eine Betriebsstätte hat UND der Umsatz an einen anderen Unternehmer für dessen Unternehmen ausgeführt wird.
4. Die Menge und die handelsübliche Bezeichnung der gelieferten Gegenstände oder die Art und den Umfang der sonstigen Leistung.
5. Tag der Lieferung oder der sonstigen Leistung bzw. den Zeitraum, über den sich die sonstige Leistung erstreckt.
6. Das Entgelt für die Lieferung/die sonstige Leistung und den anzuwendenden Steuersatz; im Fall einer Steuerbefreiung hat die Rechnung einen Hinweis zu enthalten, dass für diese Lieferung/sonstige Leistung eine Steuerbefreiung gilt.
7. Den auf das Entgelt entfallenden Umsatzsteuerbetrag.
8. Das Ausstellungsdatum (bei Bargeschäften genügt der Hinweis: Lieferdatum=Rechnungsdatum).
9. Fortlaufende Rechnungsnummer.
10. **UID-Nummer** des Unternehmers, sofern er im Inland Lieferungen/sonstige Leistungen erbringt, für die Recht auf Vorsteuerabzug besteht.

Bei Rechnungen, deren **Gesamtbetrag 400 €** (inkl. USt) **nicht** übersteigt, genügen folgende Angaben:

- » Ausstellungsdatum,
- » Name und Anschrift des liefernden/leistenden Unternehmers,
- » Menge und handelsübliche Bezeichnung der gelieferten Gegenstände/
Art und Umfang der sonstigen Leistung,
- » Tag der Lieferung/der sonstigen Leistung/Zeitraum, über den sich die Leistung erstreckt,

- » Entgelt und der Steuerbetrag,
- » Steuersatz.

Weiters ist darauf zu achten, dass Eingangsrechnungen, die Sie als Unternehmer erhalten, ebenfalls diese Rechnungsbestandteile enthalten. Nur dann berechtigen sie zu einem Vorsteuerabzug. **Fehlerhafte Rechnungen** bzw. Rechnungen, die den USt-Vorschriften nicht entsprechen, müssen vom Lieferanten **korrigiert** werden.

Rechnung																							
Max Muster GmbH Hauptstrasse 21/14 2020 Hollabrunn			Kundennummer: 999999		9																		
			Belegnummer: 1234/2014																				
			UID: ATU 987654321																				
			Belegdatum: 05.12.2014		8																		
			Fälligkeit: prompt																				
			Zeitraum Leistung: 11/2014 - 12/2014		5																		
			Zahlungsart: Einzieher																				
			Tel: +43 (0) 123456789																				
			Fax: +43 (0) 12345678900																				
			E-mail: info@musterleistung.at																				
Vertragspartner:																							
Max Muster GmbH Hauptstrasse 21/14 2020 Hollabrunn																							
<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <thead> <tr> <th style="width: 15%;"></th> <th style="width: 10%;">Menge</th> <th style="width: 15%;">Betrag in EUR exkl. USt.</th> <th style="width: 10%;">USt.</th> <th style="width: 10%;">Betrag USt.</th> <th style="width: 10%;">Betrag in EUR inkl. USt.</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Produkt1</td> <td style="text-align: center;">1</td> <td style="text-align: right;">17,99</td> <td style="text-align: right;">20%</td> <td style="text-align: right;">3,60</td> <td style="text-align: right;">21,59</td> </tr> <tr> <td>Gesamtsumme</td> <td></td> <td style="text-align: right;">17,99</td> <td></td> <td></td> <td style="text-align: right;">21,59</td> </tr> </tbody> </table>							Menge	Betrag in EUR exkl. USt.	USt.	Betrag USt.	Betrag in EUR inkl. USt.	Produkt1	1	17,99	20%	3,60	21,59	Gesamtsumme		17,99			21,59
	Menge	Betrag in EUR exkl. USt.	USt.	Betrag USt.	Betrag in EUR inkl. USt.																		
Produkt1	1	17,99	20%	3,60	21,59																		
Gesamtsumme		17,99			21,59																		
Unsere Kontodaten: IBAN: AT512976583000156823, BIC: AUAGTWXX																							
Bei Bankeinzug bitte nicht einzahlen. Einwände gegen diese Rechnung sind bis spätestens 4 Wochen nach Rechnungserhalt schriftlich möglich, ansonsten gilt sie als anerkannt. Zahlung: Prompt bei Erhalt der Rechnung, 12% p. a. Verzugszinsen.																							
Bei Fragen zu dieser Rechnung stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung: Mo-Fr, 08-17 Uhr																							
Dienstleistung Muster GmbH Rathausplatz 5, 2000 Stockerau FN 123123a, Landesgericht Korneuburg, Firmensitz: Stockerau UID-NR. ATU12345678 DVR-Nr: 12346567																							

3.3 Zugang elektronischer Rechnungen bei Abwesenheitsnotiz des Empfängers

In einer Entscheidung hat der **OGH** (29.1.2014, 9 Ob 56/13w) festgehalten, dass nicht ohne weiteres zeitgleich mit dem Versand auch vom Zugang elektronischer Rechnungen ausgegangen werden kann, wenn der **Rechnungslegende** mittels einer **automatisiert generierten Abwesenheitsnotiz** von einer vorübergehenden **Verhinderung des Rechnungsempfängers** (beispielsweise aufgrund von Krankheit oder Urlaub) verständigt wird. Im konkreten Anlassfall wurde eine anders lautende Vertragsklausel bei einem **Kreditkartenunternehmen** als unwirksam eingestuft. Ein solcher **Schutz** darf vom Rechnungsempfänger naturgemäß nicht für eine **arglistige Zugangsvereitelung** missbraucht werden. Auf die Frage, ab wann ein Verhalten als arglistige Zugangsvereitelung zu werten ist, ging der OGH in seiner Entscheidung leider nicht ein.

3.4 BMF-Erlass zur grenzüberschreitenden Arbeitskräftegestellung

Nachdem der **VwGH** im Mai 2013 zu einer bedeutsamen Entscheidung in punkto **grenzüberschreitende Arbeitskräftegestellung** gekommen ist, hat das **BMF** in einem **Erlass** (BMF-0102221/0362-VI/8/2014 vom 12. Juni 2014) diese **Rechtsprechung umgesetzt und konkretisiert**. Die VwGH-Entscheidung besagt, dass der abkommensrechtliche Begriff „Arbeitgeber“ gem. Art. 15 Abs. 2 OECD-Musterabkommen **nach wirtschaftlichem Verständnis auszulegen** ist. Es kommt also aus österreichischer Perspektive für das **Besteuerungsrecht** an den **unselbständigen Einkünften** des überlassenen Arbeitnehmers nicht darauf an, wer der formale Arbeitgeber ist bzw. die Arbeitnehmervergütung auszahlt, sondern wer sie **wirtschaftlich tragen** muss.

Während die österreichische Finanzverwaltung **früher** grundsätzlich der Ansicht war, dass bei grenzüberschreitender Arbeitskräfteüberlassung für die Bestimmung des Arbeitgebers i.S.d. DBA an **zivilrechtliche** bzw. **arbeitsrechtliche Merkmale** anzuknüpfen sei, führt das Abstellen auf den **wirtschaftlichen Arbeitgeber** nunmehr dazu, dass dem **Beschäftigter** (Gestellungsnehmer) und nicht mehr dem Überlasser die **Arbeitgebereigenschaft** zukommt. In Folge zeigt die **183-Tage-Regelung** nur mehr in **Ausnahmefällen** Wirkung – regelmäßig kommt dem **Tätigkeitsstaat** (Beschäftigterstaat) das **Besteuerungsrecht** zu. Von Bedeutung ist, dass sich der Erlass **ausschließlich** auf das **zwischenstaatliche Steuerrecht** bezieht und auch nur auf **reine Passivleistungen** (d.h. die klassische Arbeitskräfteüberlassung) anzuwenden ist. Folglich ist der wirtschaftliche Arbeitgeberbegriff **nicht** für **Aktivleistungen maßgebend** – eine solche Aktivleistung ist beispielsweise anzunehmen, wenn ein Arbeitnehmer für mehrere Wochen zu einer ausländischen Tochtergesellschaft entsendet wird, um dort die Umsetzung einer weltweiten Marketingstrategie zu **überwachen**.

In „**Outbound-Fällen**“ (Entsendung eines österreichischen Arbeitnehmers ins Ausland) **stellt Österreich** die auf die Überlassungstätigkeit entfallenden Einkünfte des Dienstnehmers zur Besteuerung im Tätigkeitsstaat **frei** (unter **Progressionsvorbehalt**), sofern auch der andere Staat der wirtschaftlichen Auslegung des Arbeitgeberbegriffs folgt und von seinem Besteuerungsrecht ausgeht. Für die Steuerfreistellung in Österreich sollte aus **Dokumentationszwecken** ein **Besteuerungsnachweis des Beschäftigterstaats** vorgelegt werden. **Alternativ** kann dem Erlass folgend auch dann in Österreich eine Steuerfreistellung erreicht werden, wenn nachgewiesen wird,

dass sich durch Anwendung des ausländischen nationalen Rechts **keine Besteuerung** ergibt. Bei Arbeitskräfteüberlassungen nach Österreich ("Inbound-Fälle") spielt die **tatsächliche Dauer** nunmehr ebenso **keine Rolle**. Das **Besteuerungsrecht Österreichs** an dem entsprechenden Gehalt für den entsendeten Arbeitnehmer kann entweder durch die **Option zum freiwilligen Lohnsteuerabzug** oder durch die Einbehaltung und Abfuhr einer **20%igen Abzugsteuer** auf die Gestellungsvergütung erfüllt werden (d.h. der österreichische Beschäftigte überweist nur 80% an den ausländischen Überlasser). Die **Abzugsteuer** gilt grundsätzlich **gleichermaßen für die gewerbliche Überlassung** von Personal (zwischen fremden Dritten) wie auch für **Arbeitskräfteüberlassung im Konzern**. Immerhin sieht der Erlass vor, dass bei der Arbeitskräfteüberlassung im Konzern bestimmte Teile der Gestellungsvergütung, wie etwa Lohnnebenkosten, Gemeinkosten und Gewinnaufschlag, aus der Bemessungsgrundlage der Abzugsteuer **auszuscheiden** sind.

Schließlich behandelt der Erlass noch die **grenzüberschreitende Arbeitskräfteüberlassung** im Verhältnis zu **Deutschland**. Durch die nunmehr diametral geänderte Ansicht Österreichs kommt es zur **Übereinstimmung** mit Deutschland dahingehend, dass die **183-Tage-Regelung** nur für die **gewerbsmäßige Arbeitskräfteüberlassung** gelten soll. Für sonstige Formen der Personalüberlassung, wie etwa im Konzern, gilt, dass das **beschäftigende Unternehmen** als **Arbeitgeber** im Sinne des DBA anzusehen ist und daher die Dauer der Überlassung für das Besteuerungsrecht keine Rolle spielt.

Positiv ist, dass es durch die geänderte Ansicht der österreichischen Finanzverwaltung hin zum wirtschaftlichen Arbeitgeber vermutlich zu **weniger Qualifikationskonflikten** mit anderen Staaten kommen wird. **Allerdings** ist durch die Eindämmung der 183-Tage-Regelung als Toleranzregelung für kurzfristige Arbeitskräfteüberlassungen sowie durch **zusätzliche Nachweispflichten** ein **erhöhter administrativer Aufwand** für den Steuerpflichtigen zu erwarten.

3.5 Die Forschungsprämie von der Kostenseite betrachtet

Die **steuerliche Forschungsförderung** in Österreich wurde zuletzt dadurch grundlegend geändert, dass der **Forschungsfreibetrag abgeschafft** wurde und die **Forschungsprämie auf 10%** erhöht wurde. Grundsätzlich ist zwischen **Eigenforschung** und **Auftragsforschung** zu unterscheiden. Bei der **eigenbetrieblichen Forschung und experimentellen Entwicklung** werden 10 % der angefallenen Kosten gefördert – eine **Obergrenze** existiert nicht. Wird die Forschungstätigkeit an ein anderes Unternehmen ausgelagert, so liegt **Auftragsforschung** vor, welche bis zu einer **Bemessungsgrundlage von 1.000.000 €** gefördert wird. Die Forschungsprämie für Auftragsforschung beträgt somit maximal 100.000 € pro Jahr. Der Fokus der Förderung umfasst z.B. **Grundlagenforschung**, angewandte und experimentelle Forschung im Produktions- und Dienstleistungsbereich, Aufwendungen für **Softwareentwicklung** oder auch für Marketingmethoden.

Möchte ein Steuerpflichtiger die Forschungsprämie für **eigenbetriebliche Forschung und Entwicklung** geltend machen, so benötigt er ein **Jahresgutachten** der **Forschungsförderungsgesellschaft (FFG)**, in dem bestätigt wird, dass es sich bei der Forschungstätigkeit um steuerlich **förderungswürdige Tätigkeiten** handelt. Im Gutachten der FFG werden **sämtliche Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten** des Steuerpflichtigen, also alle Forschungsprojekte, Forschungsschwerpunkte, nicht projektbezogene zugeordnete Investitionen und übrige Forschungs- und Entwicklungsausgaben **beurteilt**. Dieses **Gutachten** kann nach Ablauf des Wirtschaftsjahres, für das die Forschungsprämie beantragt wird, über **FinanzOnline** von der FFG beantragt werden. Das

Jahresgutachten der FFG hat **große Bedeutung** als **Entscheidungsgrundlage** für das Finanzamt bei der Beurteilung, ob eine **Forschungsprämie** zu gewähren ist oder nicht.

Bevor ein Jahresgutachten bei der FFG beantragt wird, sollte bereits eine **erste Einschätzung** der **angefallenen Kosten** erfolgt sein, da diese beim FinanzOnline-Antrag schon angegeben werden müssen. Für die steuerliche Forschungsförderung kommen die nachfolgend dargestellten (Gruppen von) Forschungsausgaben in Frage, welche auch in der **Forschungsprämienverordnung** festgelegt sind.

- » Gefördert werden **Löhne und Gehälter** für **Mitarbeiter**, die in der Forschung und experimentellen Entwicklung tätig sind inklusive der **Arbeitgeberbeiträge für Sozialversicherung**, Wohnbauförderungsbeiträge und sonstige Personalaufwendungen, z.B. für freiwillige Sozialleistungen. Es werden aber auch Vergütungen für Personen gefördert, die in der Forschung und experimentellen Entwicklung **außerhalb eines Dienstverhältnisses** tätig werden. Sind Mitarbeiter nicht ausschließlich in Forschung und experimenteller Entwicklung tätig, so sind nur die **entsprechenden Anteile** an diesen Aufwendungen bzw. Ausgaben gefördert. Ist eine **Aufteilung** der Kosten notwendig, weil Mitarbeiter steuerlich geförderte und steuerlich nicht geförderte Tätigkeiten ausführen, so ist eine **genaue Zeitaufzeichnung** notwendig um die geförderten Ausgaben eindeutig ermitteln zu können.
- » **Unmittelbare Aufwendungen bzw. Ausgaben und unmittelbare Investitionen** unterliegen auch der Forschungsförderung. Das heißt, dass die **Anschaffung von Anlagevermögen** – einschließlich der Anschaffung von **Grundstücken** – gefördert wird. Dabei ist allerdings nachzuweisen, dass Aufwendungen bzw. **Investitionen nachhaltig** der **Forschung und experimentellen Entwicklung** dienen. Auch hier ist es zweckdienlich, eine entsprechende **Dokumentation** aufzubereiten.
- » **Finanzierungsausgaben und Gemeinkosten** sind ebenfalls – soweit sie der Forschung und experimentellen Entwicklung zuzuordnen sind - förderungswürdig.

Bei Gemeinkosten stellt sich vor allem die Frage, **welche Gemeinkosten gefördert** werden und wie die **Zuordnung zur Forschung** und experimentellen Entwicklung **nachzuweisen** ist. Unter Gemeinkosten sind dabei **alle Gemeinkosten** – sowohl variable als auch fixe – zu verstehen. Es sind daher die **Gemeinkosten zu Vollkosten** förderungswürdig. Werden die Gemeinkosten **aus der Kostenrechnung abgeleitet**, so ist darauf achten, dass Zusatzkosten, wie Kosten für kalkulatorische Zinsen oder der **kalkulatorische Unternehmerlohn eliminiert** werden. „**Anderskosten**“, das sind kalkulatorische Kosten, denen tatsächliche Aufwendungen gegenüberstehen, wie z.B. kalkulatorische Wagnisse oder **kalkulatorische Abschreibungen**, sind an die tatsächlich angefallenen Kosten **anzupassen**. Diese **aufwandsgleichen Kosten** sind nun daraufhin zu untersuchen, ob etwaige **Aufwendungen** enthalten sind, die **steuerlich nicht abzugsfähig** sind (z.B. Bewirtungskosten, Schmiergeldzahlungen, Luxustangenten für Pkw, Vergütungen für Mitglieder des Aufsichtsrates oder auch Ausgaben, für die kein Empfänger nach § 162 BAO genannt werden kann). Bei den verbleibenden Gemeinkosten sind noch **weitere Besonderheiten** zu beachten: Da bereits **Investitionen ins Anlagevermögen begünstigt** sind, darf die **Abschreibung der geförderten Investitionen nicht nochmals** über die **Gemeinkosten berücksichtigt** werden. Betrifft die Abschreibung nicht geförderte Investitionen, so kann sie in den Gemeinkosten enthalten bleiben.

Die so ermittelten **Gemeinkosten** sind anhand eines geeigneten **Verteilungsschlüssels** den jeweiligen **Forschungsprojekten** zuzuordnen und so in den Antrag für die Forschungsprämie zu übernehmen. Einer 10%igen Förderung durch den Staat Österreich steht dann nichts mehr entgegen.

3.6 Ausschüttungen an Gesellschafter-Geschäftsführer sozialversicherungspflichtig

Gesellschafter-Geschäftsführer von **GmbHs** erhalten immer wieder wundersame Schreiben der **Sozialversicherungsanstalt**, in denen sie aufgefordert werden, **Ausschüttungsbeschlüsse** der GmbH vorzulegen. Sinn dieses Schreibens ist es, die **Ausschüttungen an den geschäftsführenden Gesellschafter** in dessen **Sozialversicherungsbeitragsgrundlage einzubeziehen** und somit die Lächer in den leeren Kassen der Sozialversicherungen zu stopfen.

Im Folgenden ein kurzer **Überblick** über die gesetzlichen Regelungen: Gesellschafter-Geschäftsführer sind in der **GSVG pflichtversichert, sofern** sie als **unternehmensrechtlicher Geschäftsführer** im Firmenbuch eingetragen sind und an der GmbH **wesentlich beteiligt** sind. Zudem ist Voraussetzung, dass die **GmbH** durch eine Gewerbeberechtigung **Mitglied** bei der **Wirtschaftskammer** ist. Eine **wesentliche Beteiligung** und somit **GSVG-Pflicht** liegt jedenfalls bei einer **Beteiligung** an der GmbH von **über 50%** vor. Bei einer **Beteiligung unter 25%** geht man in der Regel von einem **ASVG-pflichtigen** Dienstnehmer aus. Bei einer **Beteiligung zwischen 25% und 50%** und einem **herrschenden Einfluss** auf die Betriebsführung des Unternehmens liegt wiederum **GSVG-Pflicht** vor.

Als **Bemessungsgrundlage** für die **GSVG-Beiträge** sind prinzipiell **Einkünfte aus selbständiger Arbeit** und aus **Gewerbebetrieb** heranzuziehen. Diese Daten werden vom Finanzamt an die Sozialversicherungsanstalten übermittelt, wobei grundsätzlich der Einkommensteuerbescheid des drittvorangegangenen Kalenderjahres für die vorläufige Beitragsermittlung herangezogen wird. Die **endgültige Beitragsgrundlage** für ein Kalenderjahr wird dann aufgrund des Einkommensteuerbescheides desselben Jahres ermittelt, sodass es im Regelfall zu **Anpassungen** kommt (Nachverrechnung bzw. Gutschrift). Gemäß § 25 Abs. 1 **GSVG** zählen aber auch die Einkünfte als Geschäftsführer und die Einkünfte des zu einem Geschäftsführer bestellten Gesellschafters zur Beitragsgrundlage. Somit fallen **auch** für **Ausschüttungen** an die Gesellschafter-Geschäftsführer **GSVG-Beiträge** an, sofern nicht ohnehin schon die **Höchstbemessungsgrundlage** in der Sozialversicherung erreicht wird.

In der **Praxis** gestaltet sich die **Informationsbeschaffung** für die **Sozialversicherungsanstalten schwierig**. Aus **steuerlicher Sicht** unterliegen nämlich **Ausschüttungen** aus der GmbH grundsätzlich der **Endbesteuerung**. Da diese Daten somit gar nicht in der Einkommensteuererklärung aufscheinen, können sie auch nicht an den Versicherungsträger weitergeleitet werden. Deswegen wurden nun seitens der Sozialversicherungsanstalten diese **Auskunftsschreiben** direkt **verschickt**. Bei **Nichtbeantwortung** dieser Schreiben können einerseits **Verwaltungsstrafen** bis zu 440 € verhängt werden, andererseits können die Versicherungsträger sogar **Beiträge** auf Basis der **Höchstbeitragsgrundlage** vorschreiben.

3.7 Fehlen einer schriftlichen Urkunde bei Vereinbarung mit Gesellschafter-Geschäftsführer

Die Judikatur im Zusammenhang mit dem oftmaligen Streitpunkt, ob das **Verrechnungskonto** eines **Gesellschafter-Geschäftsführers** bei einer **GmbH** eine **Darlehensforderung** der Gesellschaft **oder** eine **verdeckte Gewinnausschüttung** an den Gesellschafter darstellt, wurde durch eine **Entscheidung** des **VwGH** (GZ 2011/15/0003 vom 22.5.2014) wieder um eine Facette erweitert. Dabei stehen regelmäßig Fragen der **Fremdüblichkeit** von Konditionen, Sicherheiten, Fristigkeiten oder die Bonität des Gesellschafters im Vordergrund.

Im gegenständlichen Fall wurde im Zusammenhang mit einem **Geldfluss** an den **Alleingesellschafter-Geschäftsführer** erst **nachträglich** eine **Vereinbarung** über eine **Darlehensgewährung** erstellt. Das Finanzamt argumentierte dabei, dass nach § 18 Abs. 5 GmbHG über **Rechtsgeschäfte**, die der **einzige Gesellschafter** sowohl **im eigenen Namen** als auch **im Namen der Gesellschaft** abschließe, **unverzüglich** eine **Urkunde** zu errichten ist. Ohne nach außen in Erscheinung getretene Dokumentation seien **Insichgeschäfte** des Alleingesellschafter-Geschäftsführers **unwirksam**, so dass mit dem Geldfluss eine **verdeckte Gewinnausschüttung** verbunden ist. Allein aus dem **Fehlen einer schriftlichen Vereinbarung** wurde daher schon ohne nähere Befassung mit den anderen Rahmenbedingungen der Verrechnung eine **verdeckte Ausschüttung** seitens der Finanzverwaltung unterstellt. Nach **Ansicht des VwGH** steht jedoch die **fehlende Einhaltung** der **Formerfordernisse** des § 18 Abs. 5 GmbHG nicht der **steuerlichen Beachtlichkeit** entgegen. Demnach sind auch **nichtige Rechtsgeschäfte abgabenrechtlich** insoweit zu **berücksichtigen**, als die am Rechtsgeschäft beteiligten Personen das **wirtschaftliche Ergebnis eintreten und bestehen lassen** wollen. Sofern bei einer Gesamtbetrachtung der Umstände eine **Rückzahlungsabsicht** dargelegt werden kann, stellt das **Fehlen einer Urkunde** bzw. erst deren **nachträgliche Erstellung** keinen Ausschlussgrund für die steuerliche Anerkennung als Darlehensgewährung dar.

3.8 Größenklassen bei Kapitalgesellschaften

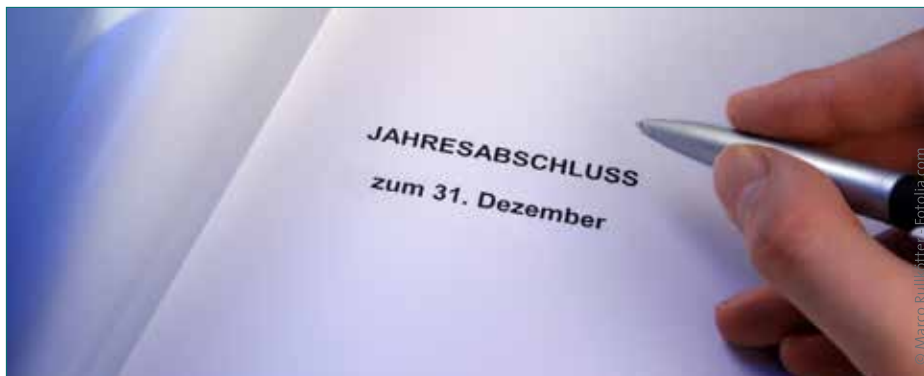
Die Zuordnung zu einer Größenklasse besteht immer dann, wenn **mindestens zwei der drei** genannten **Merkmale überschritten** werden. **Achtung:** nach dem **Rechnungslegungs-Änderungsgesetz 2014**, welches im Druckzeitpunkt als **Begutachtungsentwurf** vorliegt, soll es in **Geschäftsjahren**, die ab dem **1.1.2016** beginnen, zu geringen **Anhebungen** der **Schwellenwerte** kommen. Geplant ist außerdem die **Einführung** von sogenannten „**Kleinstgesellschaften**“ (Micros). Darunter fallen Gesellschaften, die 2 der 3 Größenmerkmale (Bilanzsumme: 350.000 €, Umsatzerlöse: 700.000 € und Arbeitnehmer: 10) **nicht** überschreiten. Kleinstgesellschaften müssen **keinen Anhang** aufstellen und der **Strafrahmen** für Zwangsstrafen soll **halbiert** werden.

Einzelabschluss	Bilanzsumme in Mio €	Umsatzerlöse in Mio €	Arbeitnehmer im Jahresdurchschnitt
Kleine Kapitalgesellschaften	4,84	9,68	bis 50
Mittelgroße Kapitalgesellschaften	19,25	38,5	bis 250
Große Kapitalgesellschaften	Bei Überschreiten mind. 2 der 3 genannten Kriterien für mittelgroße Kapitalgesellschaften oder Begebung von Aktien an einem geregelten Markt.		

Stehen mehrere Unternehmen unter der einheitlichen Leitung einer Kapitalgesellschaft, dann liegt eine Verpflichtung zur Erstellung eines Konzernabschlusses bei Überschreiten folgender Größenmerkmale vor:

Konzernabschluss	Bilanzsumme in Mio €	Umsatzerlöse in Mio €	Arbeitnehmer im Jahresdurchschnitt
Kumulierte Jahresabschlüsse (Bruttomethode)	21	42	bis 250
Konsolidierte Jahresabschlüsse (Nettomethode)	17,5	35	bis 250

Die **Rechtsfolgen der Größenmerkmale** treten ab dem folgenden Geschäftsjahr ein, wenn diese Merkmale an den Abschlussstichtagen von **zwei aufeinanderfolgenden** Geschäftsjahren überschritten bzw. nicht mehr überschritten werden (Beobachtungszeitraum). Maßgebliche Rechtsfolgen sind u.a. die **fehlende Prüfungspflicht** der kleinen GmbH sowie abgestufte **Erleichterungen** bei der Erstellung des **Anhangs**. Kleine GmbHs müssen auch **keinen Lagebericht** erstellen. Die Verpflichtung zur Bildung einer **gesetzlichen Rücklage** von 10% des Stamm- bzw. Grundkapitals besteht nur bei **großen Kapitalgesellschaften**.



3.9 Offenlegungspflichten von Kapitalgesellschaften

Kapitalgesellschaften, verdeckte Kapitalgesellschaften und größere Genossenschaften haben ihren **Jahresabschluss offen zu legen**. Verdeckte Kapitalgesellschaften sind unternehmerisch tätige Personengesellschaften, bei denen kein unbeschränkt haftender Gesellschafter eine natürliche Person ist (z.B. GmbH & Co. KG). Ist der unbeschränkt haftende Gesellschafter eine Kapitalgesellschaft, so gelten die Bestimmungen für die GmbH. Grundsätzlich gilt § 277 Abs. 1 UGB, wonach **Jahresabschluss und Lagebericht samt Bestätigungsvermerk innerhalb von neun Monaten** vom Vorstand bzw. der Geschäftsführung zum **Firmenbuch** eingereicht werden müssen. Innerhalb derselben Frist sind der Bericht des Aufsichtsrates, der Ergebnisverwendungsvorschlag und der **Ergebnisverwendungsbeschluss** einzureichen. Für bestimmte Gesellschaften gelten – abhängig von der Größe nach den Größenklassen des § 221 UGB - **Erleichterungen** hinsichtlich der Offenlegung.

Die folgende Tabelle zeigt, welche Gesellschaften welche Unterlagen zum Firmenbuch einzureichen haben:

Kapitalgesellschaft	Welche Unterlagen sind offen zu legen?
Große AG	Jahresabschluss und Lagebericht Jahresabschluss ist zusätzlich im Amtsblatt der Wiener Zeitung zu veröffentlichen gegebenenfalls Corporate-Governance-Bericht Bericht des Aufsichtsrates Vorschlag über die Verwendung des Ergebnisses Beschluss über die Verwendung des Ergebnisses (§ 277 UGB)
Große GmbH	Jahresabschluss und Lagebericht gem § 277 Abs 1 UGB gegebenenfalls Corporate-Governance-Bericht Bericht des Aufsichtsrates Vorschlag über die Verwendung des Ergebnisses Beschluss über die Verwendung des Ergebnisses (§ 277 UGB)
Kleine AG mittelgroße AG mittelgroße GmbH	Verkürzte Bilanz verkürzte GuV verkürzter Anhang gemäß § 279 UGB
Kleine GmbH	kein Lagebericht erforderlich keine Verpflichtung, die GuV einzureichen Bilanz und Anhang sind einzureichen Verwendung von Formblättern ist ausreichend

Die verpflichtende Form der **elektronischen Einreichung** beim **Firmenbuchgericht** hat für Jahresabschlüsse zum 31.12.2014 **per 30.9.2015** zu erfolgen. Davon betroffen sind **Kapitalgesellschaften** und **verdeckte Kapitalgesellschaften** (insbesondere GmbH & Co KG), bei denen die Erlöse in den letzten zwölf Monaten vor dem Bilanzstichtag **70.000 € überschritten** haben. Bei entsprechenden **Umsätzen unter 70.000 €** ist auch eine Einreichung in **Papierform** möglich. Keine Offenlegungspflicht besteht für Einzelunternehmer und „normale“ Personengesellschaften. Die Einreichung des Jahresabschlusses dürfen nicht nur Wirtschaftstreuhänder sondern auch u.a. Bilanzbuchhalter, Selbständige Buchhalter, Rechtsanwälte, Notare sowie vertretungsbefugte Organwalter des Unternehmens vornehmen. Mit der elektronischen Einreichung sind **Gebühren** verbunden. Bei nicht ordnungsgemäßer und somit auch **bei verspäteter Einreichung drohen Zwangsstrafen**.

Die **Strafen** bei verspäteter Einreichung **betreffen die Gesellschaft und den Geschäftsführer/Vorstand** selbst. Beginnend bei 700 € für jeden Geschäftsführer/Vorstand kommt es bei kleinen Kapitalgesellschaften **alle zwei Monate** wieder zu einer Strafe von 700 €, wenn der Jahresabschluss weiterhin nicht eingereicht wird. Organe von mittelgroßen Kapitalgesellschaften müssen 2.100 € zahlen und Organe von **großen Kapitalgesellschaften** sogar 4.200 €.



© Jeanette Dietl - Fotolia.com

4 Fokus Arbeitnehmer

Oftmals ufern gerade bei Renovierungen des Eigenheims die Kosten aus und sind am Ende deutlich höher als ursprünglich geplant. Ein bisschen Abhilfe schafft hier der Handwerkerbonus, welcher vorerst für 2014 und für 2015 beantragt werden kann und de facto zu einer Mehrwertsteuerrückerstattung von maximal 600 € führt. Neben den Klassikern zur steuerlichen Abzugsfähigkeit von Kosten für ein Arbeitszimmer sowie für Ausbildung bzw. Umschulung werden auch die möglichen Auskunftsspflichten durch den Arbeitnehmer während des Krankenstands dargestellt.

4.1 Der Handwerkerbonus – Renovierungen noch vor Jahreswechsel können sich auszahlen

Der Handwerkerbonus stellt eine **vorerst** bis zum **31. Dezember 2015** befristete **Förderung** für die **Renovierung, Erhaltung** und **Modernisierung** von in Österreich gelegenen **Wohnraum**, der für **eigene Wohnzwecke** genutzt wird, dar. **Privatpersonen** als **Eigentümer**, aber auch als **Mieter**, können pro Jahr die **Kosten für Arbeitsleistungen** (inklusive Fahrtzeiten) von Handwerkern bzw. von befugten Unternehmern bis zu **3.000 €** (exklusive USt) einreichen, sodass die **maximale Förderung 600 €** ausmacht – de facto wird also bei erfolgreicher Antragstellung ein Betrag in Höhe der bezahlten **Umsatzsteuer rückerstattet**. Der **Mindestrechnungsbetrag**, welcher eingereicht werden kann, muss **200 €** (exklusive USt) ausmachen. Mit der Einführung des Handwerkerbonus ist auch der Anreiz zu mehr Steuerehrlichkeit (**Eindämmung von Schwarzarbeit**) verbunden, nicht zuletzt weil eine umsatzsteuerlich ordnungsgemäße Rechnung und auch die Überweisung des Rechnungsbetrags Voraussetzungen sind. Weitere Ziele sind das Setzen von konjunktur- und wachstumsbelebenden Impulsen.

Sofern in nächster Zeit umfangreiche Renovierungen geplant sind, kann es sich unter Umständen auszahlen, einen entsprechenden **Teil der Arbeiten** noch **vor Jahresende 2014 durchführen** zu lassen. Werden die nachfolgend dargestellten Voraussetzungen beachtet, kann durch eine zeitliche Aufteilung der Handwerkerleistungen der **Handwerkerbonus** insgesamt **zweimal** in Anspruch genommen werden (erfordert zweimalige Antragstellung!) und zwar **für 2014 und für 2015**. Ganz wichtig ist dabei, dass die entsprechenden **Arbeitsleistungen** noch im Kalenderjahr **2014 fertig gestellt** werden, die Überweisung des Rechnungsbetrags und die **Antragstellung** für 2014 können auch erst im neuen Jahr erfolgen – spätestens **bis Ende Februar 2015**. Zu bedenken ist allerdings,

dass die Auszahlung der Förderung nach dem **first-come, first-served Prinzip** der eingehenden Anträge funktioniert – es besteht somit **kein Rechtsanspruch** auf eine Förderung. Für das Jahr 2014 beträgt das **Fördervolumen** insgesamt bis zu **10 Mio. €** und für 2015 **bis zu 20 Mio. €**.

Der Handwerkerbonus kann für Arbeiten an **fest mit dem Gebäude verbundenen** Bereichen wie Mauern, Böden, Dach und Einbaumöbeln beantragt werden. Darunter fallen z.B. Malerarbeiten, der Austausch von Bodenbelägen, die Erneuerung bzw. Dämmung von Dächern und Fassaden, Arbeiten an Einbauküchen, Schädlingsbekämpfung, die Wartung von Heizungsanlagen (sofern weder gesetzlich noch behördlich vorgeschrieben) und auch die Planung und Beratung von förderungsfähigen Maßnahmen. Von der Förderung **ausgenommen** sind u.a. Arbeiten an Gebäudeteilen **außerhalb** des eigentlichen Wohnraums (z.B. Garten, Terrasse, Carport, Kellerabteil, unbewohnter Dachboden) wie auch die **Neuschaffung** oder **Erweiterung von bestehendem Wohnraum**.

Da die Arbeiten von einem befugten Unternehmen durchgeführt werden müssen und dann auch nur die Kosten für Arbeitsleistungen (typischerweise Arbeitszeit inklusive Fahrtzeit) förderungswürdig sind, stellt das **selbständige Renovieren** des Eigenheims verbunden mit dem Ansatz der **Materialkosten keine förderungswürdige Alternative** dar. Für **ausländische Unternehmen**, welche die Renovierungsmaßnahmen durchführen, muss lediglich sichergestellt werden, dass sie sich im **Dienstleisterregister** des Bundesministeriums für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft registriert haben und dass die **Endrechnung in deutscher oder englischer Sprache** ausgestellt ist.

Pro Antragsteller kann **pro Kalenderjahr** für **ein Wohnobjekt** ein Förderungsantrag gestellt werden. **Ehepartner** können zwar für die gemeinsame Wohnung jeweils einen Antrag abgeben, die **maximale Förderung** beträgt dann trotzdem **600 €**. Der Förderungsantrag für den Handwerkerbonus kann bei den **Bausparkassen** eingereicht werden (per **E-Mail**, Fax, Post oder persönlich), von denen aus eine Weiterleitung an die zentrale Abwicklungsstelle erfolgt. Neben dem ausgefüllten **Antragsformular** müssen noch **Meldezettel** bzw. Auszug aus dem Melderegister (für den Nachweis des **Haupt- oder Nebenwohnsitzes**), die **Endrechnung** und die **Überweisungsbestätigung** zur Endrechnung übermittelt werden. Besonderes Augenmerk ist auf die Endrechnung zu legen, da sie nicht nur die Merkmale einer **Umsatzsteuerrechnung** enthalten muss, sondern noch folgende weitere Punkte.

- » Rechnung muss auf den Antragsteller ausgestellt sein,
- » gesonderte Anführung der Arbeits- und Fahrtkosten,
- » Beschreibung der Arbeitsleistungen zur Feststellung der Förderungsfähigkeit,
- » Angabe des Leistungszeitraums und –ortes.

In einem Förderungsantrag können **mehrere Endrechnungen** für Arbeitsleistungen verschiedener Maßnahmen (z.B. Fensteraustausch und Malerarbeiten) **gemeinsam** abgegeben werden. Schließlich ist noch zu beachten, dass mit dem Handwerkerbonus **nicht zugleich weitere Förderungen**, wie etwa ein gefördertes Darlehen für die Renovierung, in Anspruch genommen werden dürfen – ebenso wenig können z.B. die Renovierungskosten i.Z.m. dem Handwerkerbonus auch noch als **Sonderausgaben** geltend gemacht werden.

4.2 Steuerliche Begünstigung von freiwilligen Abfertigungen nunmehr gedeckelt

Abfertigungen können grundsätzlich in das System der **gesetzlichen Abfertigung „alt“** und in das System der **(gesetzlichen) Abfertigung „neu“**, welches einer Anwartschaft gegenüber einer **betrieblichen Mitarbeitervorsorgekasse** entspricht, eingeteilt werden. Als **freiwillige Abfertigungen** bezeichnet man über gesetzliche bzw. kollektivvertragliche Abfertigungen hinausgehende Zahlungen. Im **Abfertigungssystem „alt“** ist es vor allem durch das **Abgabenänderungsgesetz 2014** zu einer **Einschränkung** bei der **steuerlichen Begünstigung von freiwilligen Abfertigungen** gekommen.

Die **bisherige Begünstigung** bestand darin, dass freiwillige Abfertigungen innerhalb bestimmter Grenzen und bei Erfüllung gewisser Voraussetzungen **nur mit 6%** begünstigt **besteuert** werden konnten, wenn die Abfertigung tatsächlich mit der **Auflösung des Dienstverhältnisses** in ursächlichem Zusammenhang steht. Für die Inanspruchnahme der steuerlichen Begünstigung ist wichtig, dass die Zahlung als **freiwillige Abfertigung bezeichnet** wird und auch **tatsächlich Freiwilligkeit** dahinter steckt – es darf sich dabei also **nicht** um eine Zahlung handeln, mit der **arbeitsrechtliche Ansprüche** des (ehemaligen) Mitarbeiters, wie z.B. Urlaub, **abgegolten** werden. Nicht notwendig ist hingegen, dass die freiwillige Abfertigung schriftlich im Dienstvertrag vereinbart wurde.

Vor dem Abgabenänderungsgesetz 2014 wurde das Ausmaß der begünstigten Besteuerung durch die sogenannte **„Viertel-Regelung“** in Verbindung mit der **„Zwölfstel-Regelung“** bestimmt. Die **Viertel-Regelung** besagt dabei, dass eine freiwillige Abfertigung in jenem Ausmaß **mit 6% besteuert** werden konnte, in dem **ein Viertel der laufenden Bezüge** der letzten 12 Monate **nicht überstiegen** wurde. **Zusätzlich** konnten der **Zwölfstel-Regelung** entsprechend in Abhängigkeit von der **Anzahl der Dienstjahre** und der nachgewiesenen **Vordienstzeiten 2/12 bis 12/12** der laufenden Bezüge der letzten 12 Monate ebenso mit nur **6% besteuert** werden. Bei **drei Dienstjahren** betrug das (zusätzliche) Ausmaß **2/12**, bei **10 Jahren** bereits **4/12** und schließlich bei **25 Dienstjahren** die vollen **12/12**.

Für Auszahlungen **freiwilliger Abfertigungen** bestehen **seit 1. März 2014 Einschränkungen** der begünstigten Besteuerung, sowohl bei der Viertel-Regelung als auch bei der Zwölfstel-Regelung. Die 6% Besteuerung bei der **Viertel-Regelung** ist mit dem **Neunfachen der Höchstbeitragsgrundlage** aus der Sozialversicherung **begrenzt** – für das **Jahr 2014** sind das **40.770 €** (9 mal 4.530 €). Bei der **Zwölfstel-Regelung** ist jedes Zwölfstel mit dem **Dreifachen der Höchstbeitragsgrundlage gedeckelt**, wodurch sich daraus für 2014 ein **begünstigter Maximalbetrag** von **163.080 €** ergibt (12 mal 3 mal 4.530 €). Der über den **Gesamtbetrag** von **203.850 € hinausgehende Teil** einer freiwilligen Abfertigung (alt) wird, wie es auch schon vor dem Abgabenänderungsgesetz 2014 grundsätzlich der Fall war, nicht mit dem begünstigten Steuersatz von 6% besteuert, sondern dem **laufenden Tarif unterworfen**. Auf Seiten des **Dienstgebers** ist es auch zu einer **Verschlechterung** gekommen, da freiwillige Abfertigungen in jenem Ausmaß **nicht mehr als Betriebsausgabe** steuerlich geltend gemacht werden können, in welchem sie beim **Empfänger nicht mit 6%** zu versteuern sind.

4.3 Keine Aufteilung der Kosten für ein abzugsfähiges Arbeitszimmer bei Mitbenutzung für nichtselbständige Arbeit

Sowohl Gesetzeslage als auch Rechtsprechung knüpfen an die **steuerliche Abzugsfähigkeit** eines im Wohnungsverband gelegenen **Arbeitszimmers** restriktive Kriterien. Gemäß § 20 EStG muss ein steuerlich anerkanntes Arbeitszimmer den **Mittelpunkt** der **gesamten** betrieblichen und beruflichen **Tätigkeit** des Steuerpflichtigen bilden. Darüber hinaus muss ein Arbeitszimmer nach der Art der Tätigkeit notwendig sein, der Raum tatsächlich ausschließlich oder nahezu ausschließlich beruflich genutzt werden und über eine **entsprechende Einrichtung** verfügen.

Ein Erkenntnis des **VwGH** (GZ 2010/15/0124-8 vom 19.12.2013) hatte sich mit dem Fall befasst, dass **neben** einer **selbständigen Tätigkeit** (im konkreten Fall als Komponist), für die ein Arbeitszimmer unstrittig benötigt wird, dieses **auch** im Zusammenhang mit einer **nichtselbständigen Tätigkeit** (als Universitätsprofessor) mitbenutzt wurde, für welche **allein betrachtet** ein steuerliches Arbeitszimmer **nicht** anerkannt wird. Die **Finanzverwaltung** wollte zunächst nur einen **anteiligen Abzug** der Kosten für das Arbeitszimmer im Verhältnis der Einkünfte aus selbständiger und nichtselbständiger Tätigkeit zulassen. Diese **Aufteilung** hat der **VwGH** jedoch **korrigiert** und festgehalten, dass wenn die Hürde des **Mittelpunkts** (und der Notwendigkeit) bei einer Tätigkeit genommen ist, eine **Mitbenutzung** für eine andere betriebliche/berufliche Tätigkeit **unschädlich** ist. Das ist auch dann der Fall, wenn für diese Tätigkeit isoliert betrachtet keine Abzugsfähigkeit des Arbeitszimmers gegeben wäre. Folglich werden die abzugsfähigen Kosten bei jener Tätigkeit, für die steuerlich ein Arbeitszimmer anerkannt wird, durch eine Mitbenutzung für andere berufliche (nicht private) Zwecke, nicht gekürzt.

4.4 Taggeld auch bei (Dienst)Reisen ohne Nächtigung als Werbungskosten

Es ist weitverbreitete **Praxis**, dass der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer bei **Dienstreisen** entsprechend **Taggelder steuerfrei auszahlt**, selbst wenn mit der Dienstreise keine Nächtigung verbunden ist. Werden jedoch Kosten für eine **beruflich bedingte Reise nicht** vom **Arbeitgeber** erstattet, so können sie als **Werbungskosten** steuerlich geltend gemacht werden. Von einer solchen **(Dienst) Reise** ist – unabhängig davon, ob der Arbeitgeber zahlt oder der Arbeitnehmer Werbungskosten geltend macht - dann auszugehen wenn sich der Arbeitnehmer mindestens 25 km vom dem **Mittelpunkt** seiner **Tätigkeit** entfernt und eine **Reisedauer** von **mehr als drei Stunden** vorliegt. Neben den Kosten für die Nächtigung können auch **Kosten** für den **Verpflegungsmehraufwand** durch **Taggelder** abgegolten werden. Sinn und Zweck von solchen Taggeldern bzw. Tagesdiäten ist es, den **Verpflegungsmehraufwand** zu ersetzen, der dadurch **bedingt** ist, dass die **günstigen Verpflegungsmöglichkeiten** in der bereisten Gegend jedenfalls **anfangs nicht bekannt** sind. Der Betrag von **26,4 €** als Taggeld für **24 Stunden** erleichtert auch die Abgrenzung bei der Geltendmachung des Verpflegungsmehraufwands, da unter dieser Betragsgrenze liegende Kosten ohne Nachweis angesetzt werden können, **höhere** jedoch **nicht** steuerlich **geltend gemacht** werden **dürfen**.

Das **Bundesfinanzgericht** (BFG) hatte sich (GZ RV/3100333/2013 vom 4.6.2014) mit einem Sachverhalt auseinanderzusetzen, in dem ein **Vertreter** einer Handelsgesellschaft für die Bundesländer

Tirol, Vorarlberg und Salzburg zuständig war und in seinem ersten Arbeitsjahr Reiserouten absolvierte, auf denen er an einem Tag bis zu acht Kunden in verschiedenen Orten besuchte. Seine **Reisen** dauerten **üblicherweise 10 bis 12 Stunden** und erfolgten teilweise mit, aber auch ohne Nächtigung. Die **Kosten** für die beruflich bedingten Fahrten wurden **nicht vom Arbeitgeber ersetzt**, sodass der Vertreter **Werbungskosten** ansetzte. Während bei **Dienstreisen mit Nächtigung** die zusätzliche Geltendmachung des **Verpflegungsmehraufwands** als **Werbungskosten unbestritten** ist, sieht das bei **Taggeldern** für Reisen **ohne Nächtigung ganz anders** aus. Grund dafür sind ältere **VwGH-Erkenntnisse** (GZ 95/14/0156 vom 28.1.1997 und GZ 95/14/0013 vom 30.10.2001), denen zufolge Taggeld **nicht** als **Werbungskosten** abgezogen werden darf, wenn sich der Steuerpflichtige **nur während des Tages** am Tätigkeitsort aufhält. Ein **Mehraufwand** für Verpflegung durch Unkenntnis der lokalen Gastronomie könne nämlich bei „**Tagesreisen**“ durch entsprechende **zeitliche Lagerung von Mahlzeiten** oder durch die **Mitnahme von Lebensmitteln verhindert** werden.

Auf die Tagesreisen des in einem sehr großen geografischen Gebiet agierenden Vertreters können der **Ansicht** des BFG folgend die **Lösungsvorschläge** des VwGH jedoch **keine Anwendung** finden. Unter Berücksichtigung der **sehr unterschiedlichen und lange dauernden** Tagesrouten kann es dem Vertreter nämlich **nicht zugemutet** werden, seine nachvollziehbare Unkenntnis über die lokale Gastronomie durch die **zeitliche Planung und Verlagerung von Mahlzeiten** - etwa an den Beginn oder das Ende seiner Reise - oder durch die **Mitnahme von Lebensmitteln** auszugleichen, sodass kein Verpflegungsmehraufwand entsteht. Demnach können auch bei **beruflich bedingten Reisen ohne Nächtigung Taggelder** als **Werbungskosten** geltend gemacht werden, wenn aufgrund der besonderen Umstände keine zumutbaren Alternativen zur Verfügung stehen und somit ein **Verpflegungsmehraufwand unvermeidbar** ist.

4.5 Umschulungskosten bei Anwendung einer Ausgabenpauschale

Aufwendungen für umfassende **Umschulungsmaßnahmen**, die auf eine tatsächliche Ausübung eines **anderen Berufes** abzielen, können als **Werbungskosten** steuerlich abgesetzt werden. Sofern **Ausgabenpauschalierungen** in Anspruch genommen werden, können neben dem Pauschalbetrag in der Regel allerdings **keine** weiteren Werbungskosten (mit Bezug zur gleichen Tätigkeit) geltend gemacht werden. Der UFS Wien (GZ RV/2338-W/13 vom 19.11.2013) hatte sich mit der Konstellation auseinandergesetzt, dass ein technisch geschulter Softwarevertreter neben der **Vertreterpauschale** auch die **Kosten für einen MBA-Lehrgang** als **Umschulungskosten** geltend gemacht hat. Seitens des UFS wurde anerkannt, dass der MBA-Lehrgang auf die **künftige** Ausübung eines **anderen** Berufs abzielt, da der Steuerpflichtige einerseits seine **Motive** (Anstreben einer Führungsposition mit Personalverantwortung) **plausibel darlegen** konnte; andererseits gilt ein Lehrgang mit wirtschaftlichen Inhalten **grundsätzlich nicht** als **privat veranlasst** und schließlich hatte auch der aktuelle Dienstgeber keinen Nutzen für die Tätigkeit als Vertreter feststellen können und damit auch eine Kostentragung des MBA-Lehrgangs abgelehnt.

Nach Auffassung des UFS betrifft die **Pauschalierung** somit **nur** die Abgeltung der **Werbungskosten** aus der Tätigkeit als **Vertreter** („werden Pauschbeträge in Anspruch genommen, dann können daneben keine anderen Werbungskosten aus **dieser** Tätigkeit geltend gemacht werden“), die **Umschulungskosten** zielen aber auf eine **andere** Tätigkeit und können daher **trotz** der Inanspruchnahme der **Vertreterpauschale** steuerlich **abgesetzt** werden. Der **Zweck** der

Umschulung muss darin bestehen, eine **andere Berufstätigkeit** tatsächlich **ausüben zu wollen**, eine Einschränkung der bisherigen Tätigkeit oder deren Aufgabe (während der Umschulungsphase) ist dabei nicht erforderlich.

4.6 OGH zur Rückzahlungsverpflichtung von Ausbildungskosten

Kontinuierliche **Aus- und Weiterbildung** wird sowohl aus Sicht des Arbeitgebers als auch des Arbeitnehmers immer wichtiger. Es ist deshalb weit verbreitet, dass die Mitarbeiter **interne wie auch externe Schulungen** besuchen können bzw. die Teilnahme vom Arbeitgeber gewünscht oder erwartet wird. Häufig **übernimmt der Arbeitgeber** die mit der Weiterbildung verbundenen **Kosten** und vereinbart mit dem Arbeitnehmer, dass im Falle der **vorzeitigen Beendigung des Dienstverhältnisses** eine **anteilige Rückzahlung** der noch ausstehenden **Aus- und Weiterbildungskosten** durch den Mitarbeiter zu erfolgen hat.

Der **Oberste Gerichtshof** (OGH) hatte sich (GZ 9 Oba 97/13z vom 27.9.2013) mit einem Fall auseinanderzusetzen, in dem ein **Friseurlehrling** – sie war später dort als Friseurin angestellt - an einer viertägigen Schulung für Nageldesign und Wimpernverlängerung teilgenommen hatte. Sie hatte sich dazu verpflichtet, die damit verbundenen Ausbildungskosten anteilig zurückzuzahlen, sofern das Dienstverhältnis **innerhalb von drei Jahren** ab dem Ausbildungszeitpunkt enden sollte. Pro abgeschlossenem Jahr würden sich die Ausbildungskosten um 1/3 reduzieren. Da das Arbeitsverhältnis **vor Ablauf** der drei Jahre durch Kündigung seitens des Lehrlings endete, wurden vom Arbeitgeber insgesamt 806,28 € für die Teilnahme an der Ausbildung im Zusammenhang mit der „Lash Sensation Wimperntechnik“ sowie mit der Ausbildung bezüglich „Nageldesign“ einbehalten und vom Arbeitslohn abgezogen. Der Friseurlehrling war jedoch der Meinung, dass die Ausbildungskosten nicht einbehalten werden dürfen, da sie **keine Prüfung** ablegen konnte und auch **kein Zeugnis** erhalten hatte.

Per Definition sind Ausbildungskosten jene vom Arbeitgeber tatsächlich aufgewendeten Kosten, welche für eine **„erfolgreich absolvierte Ausbildung“** angefallen sind und dem Arbeitnehmer Spezialkenntnisse theoretischer und praktischer Art vermitteln, die auch bei anderen Arbeitgebern verwertet werden können. **Ausschlaggebend** ist also, ob der **Arbeitnehmer** durch die Ausbildungsmaßnahme einen **Vorteil** erlangt hat, weil seine Fähigkeiten erweitert wurden und sich seine **Berufschancen** auf dem Arbeitsmarkt **erhöht** haben. Müssen das erworbene Wissen bzw. die erlernten Fähigkeiten in einer **Prüfung** bewiesen werden, so ist üblicherweise das **Bestehen der Prüfung** der Maßstab für eine erfolgreich absolvierte Ausbildung. Schwieriger ist es, wenn nach Abschluss der Ausbildung keine Prüfung vorgesehen ist – dies wird oftmals bei unternehmensinterner Aus- und Weiterbildung gegeben sein.

In dem konkreten Fall war **keine (Abschluss)Prüfung** vorgesehen und die Teilnehmerin hatte auch **kein Zeugnis** erhalten. Das Erfolgskriterium muss dann an den durch die Ausbildung neu erworbenen Kenntnissen und Fähigkeiten gemessen werden. Dem **OGH** folgend ist es für eine erfolgreiche Ausbildung **nicht schädlich**, wenn der Mitarbeiter in der Anfangszeit nach der Ausbildung **nicht völlig fehlerfrei** arbeitet. Schließlich ist Ausbildung von Erfahrung und Routine zu unterscheiden und zu bedenken, dass auch eine erfolgreich abgeschlossene Ausbildung nicht den Wert von Routine und Erfahrung ersetzen kann. Bei Aus- und Weiterbildungen, welche vom Arbeitgeber bezahlt werden, sollte daher auf entsprechende **Rückzahlungsvereinbarungen** geachtet werden, da eine

„erfolgreich absolvierte Ausbildung“ nicht unbedingt die Erlangung eines Zeugnisses bedingt. Ob die Ausbildung **extern oder firmenintern** absolviert wird, macht **keinen** Unterschied.

4.7 Auskunftspflicht während des Krankenstands in Ausnahmefällen möglich

Während des **Krankenstands** ist der Arbeitnehmer verpflichtet, alles zu tun um baldmöglichst gesund und wieder arbeitsfähig zu werden. **Gegenteiliges Verhalten** kann – etwa wenn gegen ärztliche Anweisungen verstoßen wird – im Extremfall **Vertrauensunwürdigkeit** begründen und ernste Konsequenzen nach sich ziehen. In der Praxis zeigt sich trotz des „Gesundungspostulats“ immer wieder, dass mitunter durch moderne Kommunikationsmittel begünstigt, trotz Krankenstands Mitarbeiter z.B. per E-Mail kontaktiert werden, um etwa über bestimmte Unterlagen oder zukünftige Termine Auskunft zu geben.

Der **Oberste Gerichtshof** (OGH) hatte sich (GZ 9ObA115/13x vom 26.11.2013) mit der **Auskunftspflicht** durch den Mitarbeiter im Krankenstand auseinanderzusetzen. Der **Ausgangssachverhalt** bestand darin, dass eine langjährige Sekretärin einer Rechtsanwaltskanzlei während eines mehrmonatigen Krankenstands trotz mehrmaliger Aufforderung durch die Arbeitgeber **nicht** zu einer kurzen **persönlichen Besprechung** bereit war und ihr auch ein kurzes Telefonat aus **gesundheitlichen Gründen** unmöglich war. Die Arbeitgeber reagierten in Folge mit **fristloser Entlassung** aufgrund grober **Verletzung der Treuepflichten**. Die Sekretärin argumentierte hingegen, dass sie sich aus gesundheitlichen Gründen (Asthmabeschwerden, Burnout, Depressionen) nicht zu einem persönlichen Gespräch beim Arbeitgeber einfinden könne und auch kein Telefongespräch möglich sei, da sie dabei auch unbeabsichtigt mit dem (männlichen) Chef in Kontakt kommen könnte und dies ihrem Gesundheitszustand jedenfalls abträglich wäre. Da sie bei Verbesserung ihres Gesundheitszustands selbstverständlich zu einem Gespräch bereit sei und bei Wiedererlangung der Arbeitsfähigkeit an den Arbeitsplatz zurückkehren würde, sei **kein** durch sie **verschuldeter Entlassungsgrund** gegeben.

Der OGH sieht eine **Auskunftsverpflichtung** durch den Arbeitnehmer **während des Krankenstands** als **grundsätzlich möglich**, wengleich dies wirklich nur in begründeten **Ausnahmefällen** vom Arbeitgeber beansprucht werden kann. Ganz wesentliches Kriterium ist hierbei, dass durch die Auskunftspflicht bzw. „Störung während des Krankenstands“ der **Genesungsprozess nicht beeinträchtigt** wird. Typischerweise würde die Kontaktaufnahme per Telefon oder per E-Mail dieser Anforderung eher gerecht als ein persönliches Erscheinen am Arbeitsplatz. In dem vorliegenden Fall war der OGH jedoch der Ansicht, dass es der an dem Burnout-Syndrom leidenden Sekretärin weder zumutbar war, in die Rechtsanwaltskanzlei zu kommen noch aus gesundheitlichen Gründen mit dem männlichen Rechtsanwaltspartner überhaupt Kontakt aufzunehmen.

Neben der **möglichst raschen Genesung des Arbeitnehmers** muss aber – der Treuepflicht des Arbeitnehmers entsprechend – genauso **sichergestellt** werden, dass die **betrieblichen Interessen des Arbeitgebers** gewahrt werden und auch der längere Ausfall eines Mitarbeiters kompensiert werden kann. Aus diesem Grund kann es vom konkreten Einzelfall abhängig und insbesondere unter Beachtung der gesundheitlichen Umstände sein, dass der **Arbeitnehmer trotz Krankheit** zur Bekanntgabe unbedingt erforderlicher **Informationen verpflichtet** ist. Wohl auch den praktischen Umständen entsprechend sind hierbei dem OGH folgend an Arbeitnehmer in gehobener Position strengere Anforderungen zu stellen. Die **drei wesentlichen Voraussetzungen** für die **Auskunftspflicht** während

des Krankenstands – andernfalls könnte eine Entlassung aufgrund von Vertrauensunwürdigkeit gerechtfertigt sein – sind, dass der **Arbeitgeber** die gewünschten **Informationen konkretisiert** und darlegt, warum diese **nicht anderweitig beschafft** werden können. Außerdem muss es sich um Informationen handeln, aus deren **Fehlen** dem Arbeitgeber ein **schwerer wirtschaftlicher Schaden** entstehen würde. Diese **drei Bedingungen** müssen **gleichzeitig** erfüllt sein und vom Arbeitgeber **nachgewiesen werden**. Im vorliegenden Fall sah der Oberste Gerichtshof diese Voraussetzungen seitens des Arbeitgebers allerdings nicht erfüllt, da weder konkretisiert wurde, welche Informationen von der Sekretärin gewünscht werden noch warum diese nicht anderweitig beschafft werden können. Folglich konnte ein von der Sekretärin verschuldeter Entlassungsgrund **nicht nachgewiesen** werden.

Für die **Praxis** zeigt die OGH-Entscheidung, dass der Arbeitgeber nur unter **ganz bestimmten Voraussetzungen** Auskünfte von seinen kranken Mitarbeitern verlangen kann und somit dem **Gesundungsprozess** eindeutig **Priorität** zukommt. **Allerdings** ist auch zu beachten, dass – im Regelfall bei längerfristigen Krankenständen – **völlige Auskunftsverweigerung** seitens des kranken Dienstnehmers vom Arbeitgeber nicht hingenommen werden muss und im Extremfall eine **Entlassung** aufgrund von Vertrauensunwürdigkeit nach sich ziehen kann.



5 Pkw und Pendler

Nachdem die erste Version des Pendlerrechners noch teilweise absurde Fahrstrecken (z.B. unter Benutzung von Rollfähren) vorgeschlagen hat, wurden diese „Kinderkrankheiten“ im Pendlerrechner 2.0 weitgehend ausgemerzt. Angestellte, die einen Firmenwagen privat nutzen dürfen und im Gegenzug einen Sachbezug versteuern müssen, haben die Weiterentwicklung des Pendlerrechners vermutlich mit geringem Interesse verfolgt; ihnen steht nämlich – und zwar verfassungskonform – kein Pendlerpauschale zu. Schließlich ist es auch bei der NoVA zu deutlichen Mehrkosten bei PS-starken Pkws gekommen.

5.1 Das Auto im Unternehmen – der Dienstnehmer im Fokus

Das Auto hat im Steuerrecht schon seit jeher eine **Sonderstellung** eingenommen, welche vor allem durch **Einschränkungen** gekennzeichnet ist. Dies ist mitunter dadurch bedingt, dass durch die Verflechtung von unternehmerischer und privater Nutzung eines Kfz keine steuerlichen Vorteile und im Endeffekt **keine Kostenersparnis** gegenüber der ausschließlich privaten Nutzung eines Kfz entstehen sollen. Nachfolgend werden die Besonderheiten des **Kfz für Dienstnehmer** dargestellt. Im Vordergrund steht erstens die Verwendung des **Dienstwagens für private Zwecke** und zweitens die Nutzung des **Privatautos für dienstliche Zwecke**.

Die **private Nutzung eines Dienstwagens/Firmenwagens**, welche bereits bei Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsort gegeben ist, stellt beim Dienstnehmer einen **Sachbezug** dar, welcher sowohl die **(lohn)steuerpflichtigen Einkünfte** erhöht als auch grundsätzlich eine **Sozialversicherungsbelastung** hervorruft. Der **monatlich geldwerte Vorteil** durch die private Nutzung des Firmenautos berechnet sich grundsätzlich mit **1,5%** der tatsächlichen **Anschaffungskosten**. Seit **März 2014** beläuft sich der **maximale Sachbezugswert** pro Monat auf **720 €** (bisher 600 €) – dies entspricht Anschaffungskosten von 48.000 €. Kann z.B. durch ein **Fahrtenbuch** nachgewiesen werden, dass die monatliche **Privatnutzung** des Firmenautos im Durchschnitt **maximal 500 km** beträgt, so ist nur der **halbe Sachbezug** anzusetzen, der sich mit **0,75%** der Anschaffungskosten berechnet. Der **maximale** monatliche Sachbezug wurde auch hier von 300 € auf **360 € erhöht** (0,75% von 48.000 €).

Der steuerpflichtige Sachbezug kann durch **Zuschüsse des Dienstnehmers vermindert** werden. Zu beachten ist dabei, dass entweder grundsätzlich Kostenbeiträge pro gefahrenen Kilometer geleistet werden oder aber eine **Einmalzahlung** vor Nutzung des Firmenwagens erfolgt. **Nicht empfehlenswert** ist hingegen, wenn der **Dienstnehmer die Treibstoffkosten bezahlt**, weil dadurch der Sachbezugswert **nicht vermindert** wird. Da die Ermittlung des Sachbezugswerts nur teilweise von der Höhe der privat gefahrenen Kilometer abhängt, ist eine **Unterbrechung des Sachbezugs**, weil z.B. das Firmenauto aufgrund einer längeren Fernreise nicht privat genutzt werden kann, **nicht möglich**. Auf der anderen Seite muss aber auch bei exzessiver privater Nutzung kein höherer Sachbezug angesetzt werden.

Die **private Nutzung eines Firmenautos** ist für den **Dienstnehmer regelmäßig** auch deshalb **vorteilhaft**, weil zwar ein Sachbezug in Abhängigkeit von der Höhe der Anschaffungskosten versteuert werden muss, nicht aber zusätzlich von den laufenden Betriebskosten, die üblicherweise vom Dienstgeber getragen werden. **Allerdings** können Dienstnehmer mit Dienstwagen **kein Pendlerpauschale** (und auch keinen Pendler-Euro) in Anspruch nehmen – der **Verkehrsabsetzbetrag** steht ihnen jedoch zu (siehe dazu auch den speziellen Beitrag in diesem Kapitel).

Verwendet der Dienstnehmer (s)einen **privaten Pkw für dienstliche Zwecke**, so können damit in Verbindung stehende Kosten als **Werbungskosten** geltend gemacht werden, sofern sie nicht vom **Dienstgeber ersetzt** werden. Anlassfälle für **beruflich bedingte Fahrten** sind z.B. Dienstreisen ins In- oder Ausland, Fahrten zu Fortbildungsveranstaltungen oder auch beruflich bedingte Umzüge. Als **Kostenbasis** für beruflich bedingte Fahrten mit dem privaten Kfz können entweder die **tatsächlich angefallenen Kosten** herangezogen werden oder das **amtliche Kilometergeld**. Das amtliche Kilometergeld beläuft sich bei Verwendung des **Pkws** auf **0,42 €** pro gefahrenen Kilometer bzw. bei Fahrt mit dem **Motorrad** auf **0,24 €/km**. Bei **Auszahlung durch den Dienstgeber** ist

das **Kilometergeld** bis zu dieser Höhe pro gefahrenen Kilometer beim Dienstnehmer **steuerfrei**. Falls der **Arbeitgeber** kein oder **weniger** an **Kilometergeld** ausbezahlt, kann die **Differenz** als **Werbungskosten** geltend gemacht werden.

Um Kilometergeld beanspruchen zu können, ist es **nicht erforderlich**, dass das genutzte **Fahrzeug** tatsächlich im **Eigentum des Dienstnehmers** steht. Der Dienstnehmer muss allerdings für den **Betrieb des Fahrzeugs** selbst **aufkommen**. Da Kilometergeld nur bis zu maximal 30.000 km steuerlich berücksichtigt werden kann, können bei Strecken von **mehr als 30.000 km im Jahr** alternativ die **tatsächlich angefallenen Kosten** geltend gemacht werden. Das Kilometergeld als **Pauschalvergütung** deckt alle mit dem Kfz zusammenhängenden Kosten wie z.B. Abschreibung, Leasingraten, Finanzierungskosten, Treibstoffkosten, Reparaturkosten, Gebühren, Versicherungen, Mitgliedsbeiträge etc. ab. Der **Nachweis** der **dienstlich gefahrenen Kilometer** ist eine wesentliche Voraussetzung für die steuerliche Berücksichtigung und ist grundsätzlich durch ein **Fahrtenbuch** zu erbringen. Die notwendigen Details umfassen naturgemäß das **Datum**, die **Fahrtstrecke**, Kilometerstand am Beginn und Ende jeder Fahrt, den dienstlichen **Grund** der Fahrt etc. Andere Aufzeichnungsformen werden nur anerkannt, wenn dadurch eine verlässliche Beurteilung möglich ist.

Benutzt der Dienstnehmer den **privaten Pkw für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsplatz**, so können diese Kosten **nicht** extra steuerlich **geltend gemacht** werden (es liegt auch im Regelfall **keine Dienstreise** vor). Diese Kosten werden bereits durch den **Verkehrsabsetzbetrag** und das **Pendlerpauschale** (plus Pendler-Euro) **berücksichtigt**.

Ergebnis der Berechnung

Wohnort: 1000 Alberngrund (Wien), Zielort: Tauscher-Platz 6
 Arbeitsplatz/Arbeitsort: 2100 Korneuburg, Wagram 10
 Datum für Berechnung: Sonntag, 11.11.2014
 Arbeitsbeginn: 08:00 Uhr
 Arbeitsende: 18:00 Uhr

Wegzeit der Fahrt (Wohnung - Arbeitsstätte am Morgen): 8,7
 Verlagerung von Grundbesitz (wegen Wohnort): 0,00
 Arbeitsgebühren AFZ: 0,00

Das Besitztum des Wohnortförderungsanbieters (öffentliches Verkehrsmittel) ist aufgrund der Fahrzeit mit dem Hauptförderungsangebot vereinbar. Es steht daher ein kleines Pendlerpauschale für eine Wegstrecke von mehr als 20 km bis 40 km zu.

Ihre Pendlerpauschale beträgt: 333 Euro jährlich / 27,77 Euro monatlich.
 Der Pendlerbonus beträgt: 16,00 Euro jährlich / 1,33 Euro monatlich.

Berücksichtigte Verbindungen

Verbindung	Zeit	Bm	Fahrtzeit/ Gehalt
Öffentliches Verkehrsmittel - Haltepunkt	08:00 bis 18:00	19,3	62 min
Öffentliches Verkehrsmittel - Busfahrt	18:00 bis 17:07	19,3	67 min
Öffentliches Verkehrsmittel mit Park & Ride - Haltepunkt	08:09 bis 18:00	19,4	71 min
Öffentliches Verkehrsmittel mit Park & Ride - Ausfahrort	18:00 bis 17:06	24,2	68 min
Wohn - Haltepunkt	keine Verbindung gesucht, da die öffentliche Verbindung zumutbar ist		
Wohn - Busfahrt	keine Verbindung gesucht, da die öffentliche Verbindung zumutbar ist		

5.2 Der steinige Weg zum Pendlerrechner 2.0

Nach anfänglichen Startschwierigkeiten ist der überarbeitete Pendlerrechner 2.0 unter <https://www.bmf.gv.at/pendlerrechner/> abrufbar. Der **Pendlerrechner** als Umsetzung der **Pendlerverordnung** dient dazu, die konkrete Berechnung des Anspruchs auf **Pendlerpauschale** sowie **Pendler-Euro** mittels Eingabe weniger persönlicher Daten durchzuführen. Anzugeben sind neben **Wohnadresse**

und **Arbeitsstättenadresse** auch die **Anzahl der Fahrten** von der Wohnung zur Arbeitsstätte **pro Monat** sowie ob eine **Unzumutbarkeit** der **Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel** wegen Gehbehinderung vorliegt. Die Frage nach der monatlichen **Häufigkeit** des Arbeitsweges soll abklären, ob die **volle Pendlerförderung** oder nur das **aliquote Pendlerpauschale** bzw. der **aliquote Pendler-Euro** zustehen. Außerdem ist die Frage, ob ein **arbeitgebereigenes Kfz** für die Fahrten zwischen Wohnstätte und Arbeitsstätte zur Verfügung gestellt wird, zu beantworten. Wird diese Frage mit **Ja** beantwortet, so besteht **keinesfalls** ein **Anspruch auf Pendlerförderung!** Der Pendlerrechner berechnet sodann – unter Berücksichtigung öffentlicher Verkehrsmittel und gegebenenfalls des Autos – die **schnellstmögliche Wegstrecke** zwischen Wohnung und Arbeitsplatz. In der nunmehr finalen Version sind auch die Einbindung von Park & Ride-Anlagen, längere Pkw-Reisezeiten zu Hauptverkehrszeiten usw. berücksichtigt. Überdies wurden **Berechnungskriterien** des Pendlerrechners für **flexible Arbeitszeitmodelle** und Teilzeitkräfte sowie weitere Kriterien angepasst. Wurden schon bisher vom **Arbeitgeber** Pendlerpauschale und Pendler-Euro berücksichtigt (mittels Formular L34), so tritt das **Ergebnis des Pendlerrechners grundsätzlich verpflichtend** an Stelle der bisher ermittelten Pendlerförderung. Der Arbeitnehmer muss dafür den **Ausdruck** des **Pendlerrechners** dem **Arbeitgeber vorlegen**. Der **Ausdruck** des Ergebnisses des Pendlerrechners von der BMF-Homepage ist **grundsätzlich verpflichtend** und für den **Arbeitgeber bindend**. Allerdings kann der **Arbeitnehmer**, wenn nachweisbar ist, dass die mittels Pendlerrechner ermittelte Fahrtstrecke nicht der tatsächlich gewählten Fahrtstrecke entspricht (beispielsweise weil es sich um eine realitätsfremde Route handelt) den **Gegenbeweis** antreten. Die bloß subjektive Wahl einer anderen Fahrtstrecke ist jedoch nicht ausreichend. Der **Gegenbeweis** ist **ausschließlich** im Wege der **Arbeitnehmerveranlagung** bzw. Steuererklärung möglich, wodurch die tatsächlich zustehende Pendlerförderung geltend gemacht wird.

5.3 Keine Verfassungswidrigkeit des Ausschlusses des Pendlerpauschales bei Nutzung eines Firmenautos

Eine Entscheidung des **Bundesfinanzgerichts** (GZ RV/5100744/2014 vom 30.6.2014) hatte die Frage zum Gegenstand, ob der **Ausschluss des Pendlerpauschales** seit 1.5.2013 bei **Arbeitnehmern**, denen für die Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsplatz ein **Firmenauto** zur Verfügung gestellt wird, **verfassungswidrig** erscheint. Hintergrund der Fragestellung ist, dass **Pendler mit eigenem Auto** unter Umständen zusätzlich zum Verkehrsabsetzbetrag **auch ein Pendlerpauschale** bzw. den **Pendler-Euro** absetzen können, während Arbeitnehmer mit **Firmenauto** lediglich den **Verkehrsabsetzbetrag** haben, jedoch einen **Sachbezug** für das **Firmenauto** versteuern müssen. Im gegenständlichen Fall wurde in der Lohnverrechnung für das Firmenauto zwar ein Sachbezug besteuert, gleichzeitig jedoch auch das Pendlerpauschale bzw. der Pendler-Euro geltend gemacht. Diese Vorgehensweise wurde vom **Finanzamt** mit dem Verweis auf den gesetzlich geregelten **Ausschluss des Pendlerpauschales** bei Bereitstellung eines **Firmenautos** für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsplatz nicht anerkannt. Die dagegen erhobene Beschwerde wurde vom Finanzamt ohne Erlassung einer Beschwerdevorentscheidung an das BFG zur Entscheidung weitergeleitet.

Das **BFG** sieht in den Regelungen **keine Ungleichbehandlung**, zumal Arbeitnehmer mit **Firmenautos** in der Regel **geringere Kosten** zu tragen haben als Arbeitnehmer mit **eigenem Pkw**. In diesem Zusammenhang ist auch zu berücksichtigen, dass der **Sachbezug** sich lediglich von den **Anschaffungskosten des Autos** bemisst und die **Betriebskosten** (welche in der Regel vom Arbeitgeber

getragen werden) **nicht** in Form eines Zuschlages zum **Sachbezugswert berücksichtigt** werden. Es bestehen daher für das BFG **keine Gründe**, einen **Antrag** zu einem **Gesetzesprüfungs-** bzw. **Verordnungsprüfungsverfahren** gemäß Art. 119 B-VG bzw. Art. 140 B-VG oder zu einer Aufhebung der Bestimmungen im EStG bzw. in der Sachbezugswerte-VO wegen Verfassungswidrigkeit zu stellen.

5.4 Neue NoVA trifft Autokäufer empfindlich

Durch das **Abgabenänderungsgesetz 2014** ist es mit **1. März 2014** auch zu beträchtlichen Änderungen bei der **Normverbrauchsabgabe (NoVA)** gekommen. Neu ist vor allem der **Berechnungsmodus** für die NoVA, welcher auf der so genannten **Ökologisierung-Formel** basiert. Die „alte NoVA“ bestand aus einer tarifmäßigen NoVA in Abhängigkeit vom Kraftstoffverbrauch, aus einem Bonus/Malus-System und einem Zuschlag. Das **einfachere Modell** der „**neuen NoVA**“ basiert auf einem linear progressiven (Steuer)**Tarif** in Abhängigkeit vom **Kohlendioxid (CO₂) Ausstoß** des Kraftfahrzeugs, wodurch es zu einer **Begünstigung schadstoffarmer Fahrzeuge** kommt. Fahrzeuge unter 90g CO₂-Ausstoß je km haben einen Steuersatz von 0%, **ab 90g/km** steigt der Steuersatz progressiv im Verhältnis zum CO₂-Ausstoß an. Der **Höchststeuersatz von 32%** gilt für Fahrzeuge mit einem CO₂-Ausstoß von 250g/km. Die **Berechnungsformel** gestaltet sich wie folgt: (CO₂-Emissionswert in g/km – 90g)/5; ein **CO₂-Ausstoß von 250g/km** ergibt folglich einen **Steuersatz von 32%**. Bei einem CO₂-Ausstoß über 250g/km fällt eine **Zusatzsteuer von 20 € je Gramm CO₂** pro Kilometer an. Bei **Motorrädern** errechnet sich der Steuersatz, indem der um 100 Kubikzentimeter verminderte Hubraum mit 0,02 multipliziert wird. Der **Höchststeuersatz beträgt 20%** und entspricht einem Motorrad mit 1100 Kubikzentimeter Hubraum. Unter 125 Kubikzentimeter Hubraum beträgt der Steuersatz 0%.

Die **Bemessungsgrundlage** für die **NoVA**, auf welche der errechnete Steuersatz anzuwenden ist, ist **üblicherweise der Kaufpreis** des Fahrzeugs. Die daraus errechnete Belastung ist um einen **Abzugsposten** bzw. um einen **Umweltbonus** zu reduzieren, wobei es dadurch nicht zu einer Steuergutschrift kommen kann. Der **Abzugsposten** beträgt **bis zum Jahresende 2014** bei mit Diesel betriebenen Fahrzeugen 350 € und bei anderen Fahrzeugen („Benzinern“) 450 €. Im Jahr **2015** beträgt der Abzugsposten für alle Fahrzeuge 400 € und **ab dem Jahr 2016** 300 €. Bei Fahrzeugen mit umweltfreundlichem Antriebsmotor (Hybridantrieb, Verwendung von Kraftstoff der Spezifikation E 85, etc.) vermindert sich die NoVA bis 31.12.2015 um einen **Umweltbonus von 600 €**. Insgesamt führen die grundsätzlichen Änderungen bei der NoVA zu **deutlichen Kostensteigerungen** für **PS-starke** und im Regelfall schadstoffreichere Autos. Für **Gebrauchtfahrzeuge** aus dem übrigen Unionsgebiet gelten weiterhin die **alten NoVA-Bestimmungen**, soweit sie vor dem 1. März 2014 erstmals im übrigen Unionsgebiet zum Verkehr zugelassen worden sind. Die NoVA bemisst sich nach den Umständen, welche im Zeitpunkt der erstmaligen Zulassung des Fahrzeugs in der EU, in Österreich anzuwenden gewesen wären. Für die Bonus/Malus-Berechnung als Komponente der alten NoVA-Berechnung ist die **Wertentwicklung** des Fahrzeugs zu berücksichtigen.

Neben der NoVA als einmaligem Kostenfaktor stellen für Kraftfahrzeuge die **motorbezogene Versicherungssteuer** und die **Kraftfahrzeugsteuer wiederkehrende Belastungen** dar. Für beide ist es durch das Abgabenänderungsgesetz 2014 zu einer **inflationsbedingten Anpassung** gekommen, wobei dem **Lenkungseffekt** hin zu weniger antriebsstarken und schadstoffärmeren Fahrzeugen große Bedeutung zukommt. Für **Fahrzeuge bis 3,5 t** höchstzulässiges Gesamtgewicht berechnete sich die motorbezogene Versicherungssteuer **bisher**, indem die Leistung in Kilowatt (kW) um 24 verringert wurde und dieser Betrag mit 0,55 € multipliziert wurde (Belastung pro Monat bei

jährlicher Zahlungsweise). Nunmehr **erhöht** sich der **Steuersatz** gestaffelt nach Leistung wie folgt. Bei **monatlicher Zahlung** erhöhen sich die Kosten zusätzlich um ca. 10%.

Leistungsstufe	Steuer pro kW und Monat (jährliche Zahlung)	Motorleistung bis zu
0 bis 24 kW	Keine Steuer	
25 bis 90 kW	0,62 €	90 kW/122 PS
91 bis 110 kW	0,66 €	110 kW/150 PS
Ab 111 kW	0,75 €	

5.5 Werbung auf Privatautos der Dienstnehmer lohnsteuerpflichtig

Erzielen Arbeitnehmer **neben** den **Einkünften aus dem Dienstverhältnis weitere Einkünfte**, so sind diese **steuerfrei** sofern der **Gesamtbetrag** dieser weiteren Einkünfte **pro Jahr 730 €** nicht übersteigt (**Veranlagungsfreibetrag**). Ein besonders findiger **Arbeitgeber** hatte darauf aufbauend die Idee, die **Privatautos** seiner **Mitarbeiter** für seine **Werbezwecke** zu nutzen und schloss daher „Werbeverträge“ mit ihnen ab. Die Mitarbeiter erhalten **für** die **Bereitstellung der Werbefläche** am Auto eine **jährliche Vergütung von 720 €** und liegen damit grundsätzlich **unter** der **Grenze** des Veranlagungsfreibetrags. Der **Arbeitgeber** hat **Betriebsausgaben** für Werbemaßnahmen und die **Arbeitnehmer** lukrieren **steuerfreie Einkünfte** aus Vermietung der Werbefläche. Der **VwGH** (GZ 2011/15/0158 vom 19.12.2013) hatte sich mit diesem Modell auseinanderzusetzen und kam dabei zu einem für Arbeitgeber und Arbeitnehmer **nachteiligen Erkenntnis**.

Einkünfte oder andere Vorteile, die ihre **Wurzel im Dienstverhältnis** haben, gehören zu den **Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit** und unterliegen somit der **laufenden Lohnverrechnung** (Lohnsteuerabzug, DB, DZ). Es ist allerdings durchaus möglich, dass neben dem Dienstverhältnis **weitere Rechtsbeziehungen** zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer bestehen, die **keine Verknüpfung zum Arbeitsverhältnis** haben. Diese Rechtsbeziehungen sind dann **steuerlich getrennt** zu beurteilen und der **jeweilig** in Betracht kommenden **Einkunftsart** zuzurechnen, wenn diese zu gleichen Bedingungen **auch mit Dritten** – das heißt keinen Arbeitnehmern – **abgeschlossen** werden.

Die „**Werbeverträge**“, welche der Arbeitgeber mit seinen Arbeitnehmern im konkreten Fall abgeschlossen hatte, hielten diesem **Fremdvergleich** jedoch **nicht** stand. Besonders kritisch und **gegen** eine **Trennung** von Dienstvertrag und „Werbevertrag“ sprechend betrachtete der VwGH den Umstand, dass der Arbeitgeber bei der einzigen Auflösung des Arbeitsverhältnisses auch den „Werbevertrag“ beendet hatte. Dem Argument, dass „**Werbeverträge**“ mit **sehr vielen Arbeitnehmern** abgeschlossen wurden und daher Fremdüblichkeit vorliege, hielt der VwGH entgegen, dass es **keine** „**Werbeverträge**“ mit **Unternehmensfremden** gab. Aus der Sachlage sei auch nicht erkennbar gewesen, **ob dritte Personen** überhaupt die **Möglichkeit** hatten, „**Werbeverträge**“ zu gleichen Konditionen **abzuschließen**. Da es also nur mit Arbeitnehmern „**Werbeverträge**“ gab, handelt es sich hier um **Vorteile aus einem bestehenden Dienstverhältnis** und nicht um steuerlich separat zu behandelnde Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung. Die Zahlungen für die Werbefläche auf den Privatautos der Mitarbeiter sind also **wie** die **laufenden Bezüge** aus dem Dienstverhältnis zu behandeln.

6 Sozialversicherungswerte und Zinssätze

6.1 Sozialversicherungswerte 2015

Die Sozialversicherungswerte für 2015 (in €) betragen **voraussichtlich** (vorbehaltlich der Veröffentlichung im Bundesgesetzblatt):

	Werte 2015	Werte 2014
Geringfügigkeitsgrenze täglich	€ 31,17	€ 30,35
Geringfügigkeitsgrenze monatlich	€ 405,98	€ 395,31
Grenzwert für pauschalierte Dienstgeberabgabe monatlich	€ 608,97	€ 592,97
Höchstbeitragsgrundlage täglich	€ 155,00	€ 151,00
Höchstbeitragsgrundlage monatlich (lfd. Bezug)	€ 4.650,00	€ 4.530,00
Höchstbeitragsgrundlage jährlich für Sonderzahlungen (echte und freie DN)	€ 9.300,00	€ 9.060,00
Höchstbeitragsgrundlage monatlich für freie Dienstnehmer (ohne Sonderzahlungen)	€ 5.425,00	€ 5.285,00

Der Beitrag zur **Unfallversicherung** wurde mit Juli 2014 auf 1,30% gesenkt – der **IESG-Beitrag** beläuft sich ab dem Beitragsjahr 2015 auf 0,45% anstelle von bisher 0,55%.

6.2 Aktueller Basis-, Stundungs-, Aussetzungs-, Anspruchs- und Berufungszinssatz

Aufbauend auf dem **negativen Basiszinssatz** von **-0,12%** sind die daran gekoppelten **Jahreszinssätze** für Stundungszinsen, Aussetzungszinsen, Anspruchszinsen und Beschwerdezinssätze in der Tabelle dargestellt.

	Seit 8.5.2013
Stundungszinsen	4,38 %
Aussetzungszinsen	1,88 %
Anspruchszinsen	1,88 %
Berufungszinsen	1,88 %

Bekanntlich werden **Stundungszinsen** für die Stundung von Steuerschulden verrechnet. **Aussetzungszinsen** fallen dann an, wenn gegen eine Steuernachzahlung das Rechtsmittel der Beschwerde ergriffen wird und anstatt einer Stundung bis zur Entscheidung über die Beschwerde eine Aussetzung der Einhebung beantragt wird. **Anspruchszinsen** werden für Steuernachzahlungen und Steuergutschriften bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer ab dem 1.10. des Folgejahres angelastet bzw. gutgeschrieben. Derartige **Anspruchszinsen** sind **weder steuerlich abzugsfähig noch** im Falle einer Gutschrift **steuerpflichtig**. Bis zu einem Betrag von 50 € werden **keine Zinsen** festgesetzt.

7 Steuertermine

Jänner	Fälligkeiten	15.1. USt für November Lohnabgaben (L, DB, DZ, GKK, Stadtkasse/Gemeinde) für Dezember
	Fristen und Sonstiges	Ab 1.1. Monatliche Abgabe der Zusammenfassenden Meldung, ausgenommen bei vierteljährlicher Meldepflicht Bis 15.1. Entrichtung der Dienstgeberabgabe 2014 für geringfügig Beschäftigte
Februar	Fälligkeiten	16.2. USt für Dezember bzw. 4.Quartal. Lohnabgaben für Jänner ESt-Vorauszahlung 1. Viertel KöSt-Vorauszahlung 1. Viertel 28.2. Pflichtversicherung SVA
	Fristen und Sonstiges	1.2. Übermittlung Jahreslohnzettel 2014 (L16) in Papierform 1.2. Meldepflicht für bestimmte Honorarzahungen 2014 (E18) in Papierform Bis 15.2. Nachverrechnung und Abfuhr der Lohnsteuer im Rahmen des 13. Lohnabrechnungslaufs zwecks steuerlicher Zurechnung zum Jahr 2014 28.2. Beitragsgrundlagennachweis bei der Gebietskrankenkasse 28.2. ELDA-Meldung bestimmter Honorare sowie Jahreslohnzettel 2014 (L16 und E 18) - Bei unterjährigem Ausscheiden aus Dienstverhältnis aber schon früher 28.2. Meldung der Aufzeichnung betreffend Schwerarbeitszeiten 28.2. Meldepflicht von Auslandszahlungen gem. § 109b EStG aus dem Vorjahr (elektronische Datenübermittlung an das Finanzamt)
	Fälligkeiten	16.3. USt für Jänner Lohnabgaben für Februar
	Fristen und Sonstiges	31.3. Kommunalsteuer- und Dienstgeberabgabeerklärung 2014 bei Stadtkasse/Gemeinde
	Fälligkeiten	15.4. USt für Februar Lohnabgaben für März
	Fristen und Sonstiges	30.4. Abgabe der Steuererklärungen 2014 (Einkommen-, Umsatz-, Körperschaftsteuer) in Papierform und Feststellung der Einkünfte gemäß § 188 BAO
Mai	Fälligkeiten	15.5. USt für März bzw. 1.Quartal Lohnabgaben für April ESt-Vorauszahlung 2. Viertel KöSt-Vorauszahlung 2. Viertel 31.5. Pflichtversicherung SVA

Juni	Fälligkeiten	15.6. USt für April Lohnabgaben für Mai
	Fristen und Sonstiges	30.6. Einreichungspflicht der Steuererklärungen 2014 (Einkommen-, Umsatz-, Körperschaftsteuer) über FinanzOnline bis 30.6. Fallfrist für Antrag auf Rückholung ausländischer MwSt 2014 aus Nicht-EU-Ländern
Juli	Fälligkeiten	15.7. USt für Mai Lohnabgaben für Juni
August	Fälligkeiten	17.8. USt für Juni bzw. 2.Quartal Lohnabgaben für Juli ESt-Vorauszahlung 3. Viertel KöSt-Vorauszahlung 3. Viertel 31.8. Pflichtversicherung SVA
	Fälligkeiten	15.9. USt für Juli Lohnabgaben für August
September	Fristen und Sonstiges	Bis 30.9. Erklärung Arbeitnehmerpflichtveranlagung 2014/1 L 1 in Papierform oder FinanzOnline Bis 30.9. Verpflichtung zur Einreichung des Jahresabschlusses zum 31.12.2014 für (verdeckte) Kapitalgesellschaften Bis 30.9. Fallfrist für Antrag auf Erstattung ausländischer MwSt (EU) für das Steuerjahr 2014 Bis 30.9. Herabsetzungsanträge für die Vorauszahlungen 2015 für Einkommen- und Körperschaftsteuer beim zuständigen Finanzamt
	Fälligkeiten	15.10. USt für August Lohnabgaben für September
	Fristen und Sonstiges	ab 1.10. Beginn der Anspruchsverzinsung für Nachzahlung ESt/KSt 2014 bis 31.10. Antrag auf Ausstellung eines Freibetragsbescheides
	Fälligkeiten	16.11. USt für September bzw. 3.Quartal Lohnabgaben für Oktober ESt-Vorauszahlung 4. Viertel KöSt-Vorauszahlung 4. Viertel 30.11. Pflichtversicherung SVA
Dezember	Fälligkeiten	15.12. USt für Oktober Lohnabgaben für November
	Fristen und Sonstiges	bis 31.12. Schriftliche Meldung an GKK für Wechsel der Zahlungsweise (zwischen monatlich und jährlich) der MVK-Beiträge für geringfügig Beschäftigte bis 31.12. Die Frist für die Arbeitnehmerveranlagung 2010 bzw. für den Antrag auf die Rückzahlung von zu Unrecht einbehaltener Lohnsteuer läuft ab
	Fälligkeiten	15.12. USt für Oktober Lohnabgaben für November

Immer bestens informiert.

Unsere monatlich erscheinende
Klienten-Info:





Seiwald & Kuhar

Wirtschaftstreuhand | Steuerberater

Seiwald & Kuhar GmbH

Bahnhofstraße 1
A-5400 Hallein

Telefon: +43 - 6245 - 766 60-0

Fax: +43 - 6245 - 766 60-33

office@wt-sk.at